

Fünftes Kapitel

Die internen Konflikte

1. Die Hindernisse und die Krise der Demokratie

Nach der Konstituierung des demokratisch gewählten Regionalparlaments und der Bildung der Regionalregierung im Rahmen einer großen Koalition erlebt die Bevölkerung der Schutzzone in Irakisch-Kurdistan ungefähr ein Jahr ihre „goldene Zeit“ von Freiheit, Frieden und Pluralismus. Auch ausländische Beobachter beurteilen diese bedeutende Entwicklung sehr positiv. Darüber schreibt (z.B.) Ronald Mönch:

„Die Realität in Südkurdistan läuft tendenziell auf eine pluralistische Parteienlandschaft und damit auf eine Demokratie im westlichen Verständnis hinaus.“¹

Das kurdische Volk kann währenddessen seine inneren dynamischen Kräfte reaktivieren. Dazu schreibt Ismail Beşikçi:

„Alles ist im Wandel begriffen. Das nationale Bewusstsein, die Entschlossenheit für die eigenen Werte zu kämpfen. Endlich will dieses Volk bzw. diese Gesellschaft ihre eigene Geschichte gestalten und dafür geeignete Institutionen in allen Bereichen aufbauen. Das kurdische Volk will jetzt seiner Entfremdung ein Ende setzen. Für den Erhalt der neu erreichten Errungenschaften bzw. der neu geschaffenen Werte ist die nationale und gesellschaftliche Unabhängigkeit unerlässlich.“²

Anscheinend konnten aber die Gegensätze zwischen den jetzigen Koalitionspartnern und früheren rivalisierenden Politikern bzw. Parteien KDP und PUK nach den Wahlen nicht überwunden und nicht mehr verborgen werden – wie vorher im Rahmen der Kurdistan-Front.

Um die Parität (zahlenmäßige Gleichheit) und das Machtgleichgewicht zwischen den beiden Parteien – laut der *fifty:fifty*-Vereinbarung – zu gewährleisten, sind die Regierungsposten zwischen beiden Parteien gleich aufgeteilt. Wo ein Minister aus einer Partei ist, ist sein Stellvertreter – *vice versa* – von der anderen. Dies ist aber kein leichtes „Kondominium“, mit zwei „Parallel-Administrationen“, welche sich über die Polizei auf den Straßen und die Lehrkräfte in den Schulen erstrecken. Auch die „Vereinigte Peshmerga-Armee“ wird entsprechend der „fifty:fifty-Regelung“ aufgestellt. Der Beitritt in eine der beiden Parteien oder die Loyalität einer der beiden Parteien gegenüber ist nicht nur die grundsätzliche Voraussetzung für die Karriere der Staatsbeamten und -angestellten, sondern auch die erforderliche Referenz für einen neuen Job in den staatlichen Ämtern und Betrieben. Damit wird die Quantität gefragt und nicht die Qualität.³ Bei der Bildung der Regionalregierung sind daher viele ehemalige Kollaborateure des irakischen Baath-Regimes und opportunistische oder einfache Bürokraten in die embryonale kurdische Selbstverwaltung übernommen worden. Voraussetzung dieser Anstellung bildete nicht etwa die Redlichkeit oder berufliche Qualifikation und Erfahrung, sondern vielmehr die gegenwärtige parteipolitische Loyalität.

Die Macht wird hier offensichtlich für Parteieigeninteressen missbraucht und zwar zur Zunahme der Parteianhänger und des Parteinflusses auf Kosten des Volkes [d.h. auf Kosten anderer Bürger, die nicht Mitglieder oder Anhänger beider Parteien sind], auf Kosten der Leistungsqualität des kurdischen Selbstverwaltungsapparates und auf Kosten der jungen Demokratie. Die Patronagenrolle der beiden politischen Parteien verwurzelt sich in der jungen kurdischen Selbstverwaltung und wirkt sich verheerend aus; sie unterminiert jede Chance für ein demokratisches institutionelles Anwachsen.

Beide Großparteien haben sich während der (gemeinsamen) Selbstverwaltung und im Laufe des

¹ Mönch, 1994, S.176.

² Beşikçi, 1994, S. 33-34.

³ Vgl. Ihsan, 2001, S.86-88, vgl. auch Hoff u.a., 1992, S.6.

„Staatsbildungsprozesses“ einander strukturell angenähert – aller ideologischer Differenzen zum Trotz. Andreas Wimmer schreibt dazu: *„Beide stellen heute eine Mischung zwischen einer Stammeskonföderation und einem klientelistischen Parteiapparat dar.“*¹

David McDowall fragt, ob die junge kurdische Demokratie dank dieser Umstände nicht in einen „Neotribalismus“ von zwei „Konföderationen“ und neuen „Aghas“ geführt worden ist. Dazu sagt er:

*„Thus, following the demise of traditional tribalism as the prime form of socio-political organization during the 1970s, the 1990s saw the emergence of neo-tribalism as two major `confederations` competed for hegemony in Iraqi Kurdistan. At the center of each party, as with traditional confederations, lay a core of those loyal to the paramount. Beyond this core lay a widening group of people who supported one confederation or the other less directly. Thus the system of patronage and power still reached down to the street through intermediaries who themselves acquired followings through local patronage. These new `aghas` are the Peshmerga or [ex] jash commanders who commanded their own following.“*²

In den Ministerien und fast allen Regierungseinrichtungen herrscht eine unbehagliche Arbeitsatmosphäre; man nennt die „*Cégir*“ (Stellvertreter) der Minister und der Generaldirektoren – die der anderen Partei angehören – „*Régir*“ (Wegsperre), weil sie öfters nicht mit deren Vorgesetzten zusammenarbeiten, sondern sich gegen sie verhalten oder stellen.

Statt einer engen Zusammenarbeit in der Legislative und Exekutive miteinander herrscht zwei Jahre lang eine antagonistische Atmosphäre zwischen den Funktionären beider Parteien. Im Parlament kann keine Entscheidung mehr einvernehmlich getroffen werden. In der Regionalregierung sieht es wie das Tauziehen zwischen zwei Kontrahenten aus! Damit wird der kurdische Selbstverwaltungsapparat in zwei gegensätzliche Richtungen geführt.

Außerdem führt die Kontinuität der regionalen Machtstrukturen von PUK und KDP außerhalb des Parlaments und der Regierung dazu, dass das Parlament und die Regierung deutlich an Autorität verlieren und in strittigen Punkten gar nicht funktionieren.

Zudem hat die Unentschiedenheit der Führerschaft bzw. der Leaderwahl wegen des Ausfalls der Stichwahl zwischen Barzani und Talabani dazu geführt, dass die Führer der beiden Parteien die Fäden der Führung die ganze Zeit zusammen oder zu zweit – außerhalb des Parlaments und der Regierung – in den Händen halten. Damit wird die Innen- und Außenpolitik der Region sehr unterschiedlich betrieben und die politische Führung völlig anders gesteuert.

Zudem hat auch die fehlende internationale Anerkennung dazu geführt, dass die Führer der beiden Parteien Barzani und Talabani ihre internationalen politischen Kontakte bzw. Diplomatie außerhalb der Regierung weiter verfolgen. Auch dieses nicht einheitliche Engagement außerhalb des gewählten kurdischen Systems trägt zur Schwächung der Position des kurdischen Parlaments und der kurdischen Regionalregierung bei.

Überdies unterhalten die Führungen der PUK und KDP unterschiedliche Beziehungen zu den Regionalmächten (Nachbarstaaten), welche sie bewusst gegeneinander hetzen oder unterstützen bzw. ausspielen wollen.

Dies alles hat die Probleme verschlimmert; sowohl in Kurdistan als auch im Ausland tendieren die Führungen beider Parteien dazu, miteinander zu konkurrieren, anstatt zu kooperieren.

Diese Problematik kann währenddessen weder durch den Dialog noch durch verschiedene Vorschläge gelöst werden.³ Auch neue Parlamentswahlen – wie vereinbart – werden im Oktober 1992 nicht durchgeführt.

¹ Wimmer, 1997, S.34.

² McDowall, 1997, S.385.

³ Vgl. Ihsan, 2001, S.89.

Hier kann man zu Recht fragen: Inwieweit kann denn ein Parlament in „Pattsituation“ und eine nicht homogene Regierung, die zwischen mehrere Fronten geraten ist, und ohne internationale und völkerrechtliche Anerkennung dasteht, die hochgesteckten politischen und wirtschaftlichen Erwartungen der Bevölkerung der selbstverwalteten Region Kurdistans erfüllen?

Die *fifty:fifty-Vereinbarung* und die Machtausübung außerhalb des gewählten Systems fügen dem Demokratisierungsprozess oder -experiment in der Schutzzone bzw. selbstverwalteten kurdischen Region offenkundig große Schäden zu. Die Regionalregierung Kurdistans „*Kurdistan Regional Government*“ (KRG) setzt bloß die Entscheidungen der Parteiführungen von PUK und KDP durch, zwar mit voller Verantwortung, aber nur mit stellvertretender Autorität. Niemand zweifelt daran, dass die Schutzzone in Kurdistan nun vielmehr von den Hauptquartieren bzw. Politbüros der beiden großen Parteien geführt wird.¹ Infolgedessen resigniert der Ministerpräsident Fouad Ma'ssum im März 1993 und erklärt:

*„If the two leaders of PUK and KDP enter the parliament, we will be rescued from considerable trouble. Every decision now needs a party decision. If the leaders join the government there will not be this uncertainty.“*²

Daraufhin werden am 25. April 1993 der Ministerpräsident und drei Minister der PUK – zwei von ihnen sind parteilos (unabhängig) – von der Führung der PUK durch ihre Führungsmitglieder Abdulla Rassul Ali (alias Kosrat), Jabar Farman, Dara Nuri und Sa'di Pire ersetzt. Außerdem wird das Justizministerium von einem Vertreter der KUP, Qadir Jabari, übernommen. Von der Führung der KDP wird lediglich ihr Mitglied, der ehemalige Armeeeoffizier Yunis Rojbeyani, als Innenminister ernannt. Diese Kabinettsumbildung wird aber nicht vom Parlament, sondern von den Politbüros beider Parteien – besonders vom Politbüro der PUK – durchgesetzt. Dies wiederum beweist, dass die Führungen der PUK und KDP die höchste Entscheidungsinstanz sind und nicht das Parlament. Das Ziel dieser Personenauswechslung ist außerdem nicht höhere Kompetenz, bessere Erfahrung oder gemäßigte Parteipolitik. Der resignierte Ministerpräsident Ma'ssum ist tatsächlich ein erfahrener Politiker und zuverlässiger Staatsmann gewesen. Auch der frühere Minister für Peshmerga-Angelegenheiten General Mufti ist ein erfahrener Armeeeoffizier und moderater Politiker gewesen. Der Neue Ministerpräsident Rassul und der neue Minister für Peshmerga-Angelegenheiten Farman (z.B.) sind dagegen radikale Peshmerga-Kommandeure bzw. Führungsmitglieder der PUK und sie besitzen keine nennenswerten Amtserfahrungen. Der Versuch der Führung der PUK, die Oberhand in der Regierung dadurch zu erhalten, ist durchschaubar. Neben dem Posten des Ministerpräsidenten verfügt die PUK nun über 5 der wichtigsten Ministerien (die Ministerien für: Peshmerga – Angelegenheiten, für Wirtschaft und Finanzen, für Landwirtschaft und Bewässerung, für humanitäre Hilfe und Koordination und für Kultur und Information); die KDP hat jetzt in der Tat nur drei der wichtigsten Ministerien inne (Innenministerium, Bildungsministerium und das Ministerium für Wiederaufbau und Entwicklung).³ Trotzdem stimmt die KDP dieser merkwürdigen Kabinettsumbildung zu – wahrscheinlich um einem Streit darüber mit der PUK auszuweichen.

Eine zivile Administration oder nationale Regierung benötigt in der Tat mehr oder bessere Qualifikationen als die Kampffähigkeit einiger Parteiführungsmitglieder. Und die Interessen einer einzigen politischen Partei – oder zweier Parteien – müssen nicht unbedingt mit den Interessen des gesamten Volkes übereinstimmen, auch wenn einige Politiker dies in ihrer Parteipropaganda behaupten.

Die neue Zusammensetzung des Ministerrats bzw. Kabinettsumbildung kann jedenfalls die junge kurdische Demokratie und das kurdische Selbstverwaltungsexperiment nicht aus der Krise herausbringen. Im Gegenteil: Der Zustand wird desolater. Die neuen Regierungsvertreter –

¹ Vgl. McDowall, 1997, S.385.

² „*Hawkar*“, NR. 8, Mai 1993, zitiert nach McDowall, 1997, S.385.

³ Vgl. (SILC), 1996, S. 39-40.

besonders der neue Ministerpräsident – nutzen ihre bedeutenden Ämter vielmehr für die Verstärkung des Einflusses der eigenen Partei und der eigenen Person aus. Die Verwaltung wird parteiorientierter und es entwickelt sich ein harter Wettbewerb zwischen den beiden Parteien um Posten und Privilegien. Von da an wachsen die Spannungen zwischen ihnen. Die KRG ist nicht mehr in der Lage, innerhalb ihres Hoheitsgebietes in genügendem Maße für Rechtssicherheit und Gewaltfreiheit zu sorgen. Die Sicherheitslage in der Schutzzone verschlechtert sich sichtbar; es bricht eine Welle der Gewalt und des Raubs bzw. der Kriminalität in der Schutzzone aus, mehrere Bürger Kurdistans fallen dem Resultat einer nicht demokratischen politischen Konkurrenz bzw. dem daraus resultierenden Chaos zum Opfer.¹

In diesem Zusammenhang weist die internationale Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) in einem Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Irakisch-Kurdistan auf die mangelhafte Beachtung der Unabhängigkeit der Justiz sowie der Festsetzung der Verantwortlichkeit der regierenden Parteien hin. Es heißt dazu:

*„The KDP and PUK have shown a singular lack of respect for the independence of the judiciary. Both have actively interfered in preventing the course of justice. They have, for example, prevented the arrest of suspects affiliated to them and for whom arrest warrants had been issued by investigating judges. In other instances, they have removed such suspects from prison by force, collusion or other means. [...] There are a number of cases where investigating judges have been threatened with death or intimidated in other ways to deter them from pursuing investigations”.*²

Die Organisation (ai) kommentiert die Stellungnahme der kurdischen politischen Führung in der Schutzzone dazu – trotz der Berücksichtigung der komplizierten Situation in der Region – und fügt hinzu:

*„Political leaders frequently justify their failure to act by referring to the precarious security situation in the region, the dire economic conditions, the political uncertainties and the complex nature of Kurdish society. They also cite practical problems relating to law enforcement and the administration of justice, including insufficient resources, lack of training, lack of specialist personnel and corruption. Real though these problems are, the Kurdish leadership must find the political will to ensure that the forces under its control are held accountable before the law and that justice is applied to all human rights abusers and victims”.*³

Außerdem kann in dieser Zeit keine einheitliche Innen- sowie Außenpolitik von den gemeinsamen Institutionen mehr betrieben werden. Auch dies schränkt die Wirksamkeit des Regionalparlaments sowie der Regionalregierung ein. Die KDP äußert sich dazu folgendermaßen:

„Eine Reihe von goldenen Regeln regierte die Koalition, wie wir sie auch anschaulich in den Schriftstücken der bilateralen Abkommen zwischen den beiden Parteien und innerhalb der kurdischen Verwaltung erkennen können und bestätigt finden. Eine solche Regel, zum Beispiel betraf eine einheitliche Politik gegenüber sowohl inneren wie auch äußeren Herausforderungen, ebenso wie das Ausmaß jener zukünftigen Forderungen, die als notwendig zum Schutz des jungen kurdischen Experiments in Selbstregierung angesehen wurden. Solche Herausforderungen gingen von den Beziehungen zu den Regionalmächten, zur PKK, zu kleineren, in der Verwaltung nicht repräsentierten Parteien bis zu Fragen der Wirtschaft, dem INC, der Haltung gegenüber Bagdad, der Inneren Sicherheit, Terrorismusbekämpfung, Finanzverwaltung und Bodenschätze. Dieses System erforderte enge Konsultationen zwischen den beiden Führern und den betreffenden Parteien in all diesen wichtigen Dingen. Unglücklicherweise weigerte sich

¹ amnesty international (ai), 1995, S. 89-94.

² (ai), 1995, S. 21-22.

³ (ai), 1995, S.22-23.

die PUK, einige dieser gemeinsamen politischen Ziele zu erfüllen, was in der ersten Hälfte von 1993 zur Herausbildung von umstrittenen politischen Themenbereichen führte.“¹

Weil die fifty:fifty-Vereinbarung und die auf deren Basis gegründete Regierung von der Führung der PUK erzwungen wurde, eine nicht demokratische politische Konkurrenz zwischen den beiden großen Parteien herrschte und das Verhältnis der „Koalitionäre“ zueinander mehr schlecht als recht war, entstand daraus „Autoritäts- bzw. Staatsmachtszweigleisigkeit“. Außerdem hat die Nichtrespektierung der Unabhängigkeit der Justiz die Ehrfurcht und Effektivität der Regierung erheblich beeinträchtigt. Und die Machtausübung außerhalb des gewählten Systems hat das Parlament sowie die Regierung fast außer Kraft gesetzt.

Es sind inzwischen offenbar drei Formen (oder Arten) der Autorität bzw. der Machtausübung in der Schutzzone entstanden:

a)- Die Autorität (inoffizielle Regierung) der PUK, mit eigenem Budget (aus einem bestimmten Anteil der Zolleinnahmen), eigenen Peshmerga-Einheiten, eigener Spezialbrigade (*Liway Taybeti*), eigener Militärakademie, eigenem Geheimdienst „*Dezgay Zanyari*“ (Informationsapparat), eigenen Medien (Fernsehanstalten, Rundfunksender, Zeitschriften und Zeitungen) und eigener Vertretung bei der Türkei in Ankara;

b)- Die Autorität (inoffizielle Regierung) der KDP auch mit eigenem Budget (aus einem bestimmten Anteil der Zolleinnahmen), eigenen Peshmerga-Einheiten, eigener Spezialbrigade (*Liway Taybeti*), eigener Militärakademie, eigenem Geheimdienst „*rêkxistini taybeti*“ (Spezialorganisation), eigenen Medien (Fernsehanstalten, Rundfunksender, Zeitungen und Zeitschriften) und eigener Vertretung in Ankara;

c)- Die gemeinsame kurdische (offizielle) Regionalregierung (KRG), die – nur noch formell – mit eigenem Budget (aus einem kleineren Anteil der Zolleinnahmen) dasteht, und ihre Sicherheitskräfte (Polizei und Sicherheitsdienst „*Asayiş*“) und deren Verwaltungen, Institutionen und Einrichtungen praktisch (auf der Basis der fifty:fifty-Vereinbarung) zu den Autoritäten (inoffiziellen Regierungen) der beiden großen Parteien gehören.

Unter diesen Umständen hat sich das „Zweiparteiensystem“ zur Aufteilung oder gemeinsamen Ausübung der Macht nicht als erfolgreich bzw. funktionsfähig erwiesen.

Das Bewusstsein, dass die fifty:fifty-Regelung kein Übergang zu Friedenszeiten darstellt, war von Anfang an – gleich nach den Wahlen – bei vielen Bürgern zu merken.² Nach etwa zwei Jahren stellt sie sich doch als eine vorläufige Lösung für die Krise der Macht, aber auch als eine Zeitbombe für den Frieden und die Eintracht (für Leib und Leben der Bevölkerung) in der Schutzzone bzw. in der selbstverwalteten Region Kurdistans heraus. Sie stellt tatsächlich das Haupthindernis der jungen Demokratie dar und leitet die erneute Zerrissenheit und deren fatale Folgen in die Wege.

Es wird festgestellt, dass die Beteiligung der kleinen Parteien der Kurdistan-Front am ersten frei und demokratisch gewählten kurdischen bzw. kurdistanischen Parlament unbedingt nötig war. Die Entfernung oder der Ausschluss dieser Parteien aus der höchsten Entscheidungsinstitution bzw. gesetzgebenden Versammlung der Region – als die Kurdistan-Front vom Parlament abgelöst wird – hat die mühsam und nach einem langwierigen Zwist zustande gekommene politische Einigung und Einheit der Widerstandsbewegung und deren politischer Parteien praktisch beendet, obwohl gerade ein „Führer der Befreiungsbewegung“ gewählt werden sollte. Überdies veranlasst die Abwesenheit dieser Parteien im Parlament die Pattsituation zwischen den beiden großen Fraktionen und begünstigt eine lähmende Aufteilung der Regierungsmacht zwischen ihnen auf der Basis der fifty:fifty-Vereinbarung, welche einen heftig ausgetragenen Machtkampf zwischen beiden großen Parteien KDP und PUK entbrennen lässt.

¹ KDP, 1994, S.4 –5.

² Schmidt, 1994, S.99.

Der Vorschlag von Massoud Barzani über die Beteiligung der kleinen Parteien am Parlament gleich nach den Wahlen war eben nötig zur Vermeidung der Pattsituation im Parlament sowie der Lähmung der Regierung durch die 50:50-Vereinbarung und die Ausübung der Macht außerhalb des gewählten Systems. Die Anwesenheit der kleinen Parteien im Parlament könnte wahrscheinlich den notwendigen Kompromiss bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden großen Parteien zustande bringen.

Zudem könnten diese bedeutenden Kräfte der Widerstandsbewegung damit für den geleisteten Kampf für die kurdische Sache belohnt werden. Diese kleinen Verbündeten der großen Parteien in der kurdischen Widerstandsbewegung hätten die Beteiligung am Parlament auch deshalb verdient. Hätten sich die politischen Führungen beider großen Parteien ernsthaft für das Weiterbestehen der politischen Eintracht und die Verstärkung der nationalen Einheit bei der Geburt der „kurdischen Demokratie“, entschieden, könnten sie den Abschied bzw. Abgang aktiver Kräfte der kurdischen Widerstandsbewegung – Verbündete der Kurdistan-Front – durch die erste demokratisch gewählte Legislative nicht schlicht und einfach hinnehmen. Die Kurdistan-Front hat die Einheit der Widerstandsbewegung und des kurdischen Volkes in der kritischsten Zeit in Irakisch-Kurdistan verkörpert, und sie hat wohl Konsensentscheidungen bei strittigen Fragen ermöglicht. Sie ist aber durch die Wahl des Parlaments außer Gefecht gesetzt worden.

Nur eines, nämlich neue demokratische Wahlen, können nun das kurdische Selbstverwaltungsexperiment aus dem Schlamassel herausbringen und ihm zum Erfolg verhelfen. Geplante Neuwahlen werden aber aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und internen Streitigkeiten wiederholt verschoben und finden nicht statt.

1994 macht die KDP ihren Koalitionspartner auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Neuwahlen aufmerksam, um eine allgemeine schwere Krise zu vermeiden und der Regierung neuen Antrieb zu geben. Da schlägt die Führung der PUK der KDP vor: Entweder sollten sich beide Parteien in einer gemeinsamen Wahlliste zur nächsten Parlamentswahl stellen, oder den geplanten bzw. fälligen Wahltermin vom Frühjahr 1995 um ein Jahr verschieben.¹ Damit versucht die PUK offensichtlich entweder die gemeinsame Ausübung der Macht mit der KDP weiter zu sichern oder durch die Verzögerung bzw. Verhinderung der Wahlen einer größeren Wahlniederlage als im Jahre 1992 auszuweichen; sie versucht um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Damit versetzt sie der jungen kurdischen Demokratie den zweiten schweren Schlag – nach dem Erzwingen der 50:50-Regelung zur Aufteilung der Macht, weil Demokratie – zur Verwirklichung des Volkswillens – klare Bedingungen, Regeln und Ziele hat; sie beruht auf dem Prinzip der Mehrheit, sie muss periodisch (in gleichen Zeitenabständen) stattfinden und sie muss die Rechtsstaatlichkeit [*rule of the law*] erzielen.²

Auf der Ebene der internationalen Anerkennung bzw. der diplomatischen Beziehungen tritt gerade um diese Zeit eine außerordentlich bedeutende Entwicklung oder Wende ein. Die USA und die wichtigsten europäischen Länder (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) entschließen sich diplomatische bzw. „Vertretungsbüros“ in (der Stadt Shaqlawe) in Kurdistan zu eröffnen. Auch offizielle „Vertretungen der kurdischen Regionalregierung – der irakischen Kurden“ sollten in Washington, London, Paris und Bonn eröffnet werden; die letzteren werden später tatsächlich eröffnet.³

¹ KDP, 1995, S.6.

² Vgl. (SILC),1996, S.8-13.

³ Gespräch mit Sheikh Fatih (ehemaliger Exil-Kurde in Berlin) Mitte Juli 1992 in Arbil; er sei von Deutschen zum Mieten eines Hauses für ihre Vertretung in Shaqlawe beauftragt worden.

2. Der Machtkampf und die zweite Serie des „Bruderkrieges“ und die Rolle der Regionalmächte

2.1. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PUK und der IMK (1993)

(Die erste Runde des neuen „Bruderkrieges“ und die Haltung des iranischen Regimes)

Obwohl die islamische Bewegung Kurdistans (IMK) den Eintritt ins Parlament nicht schafft, tritt sie als die drittstärkste politische Partei und militärische Kraft in der Region hervor, weil sie vom Makel (Fehler, Mängel und Korruption vieler Funktionäre) der beiden großen Parteien KDP und PUK – vor und nach den Wahlen – profitiert, vom iranischen Regime finanziell, militärisch und durch Lebensmittel großzügig unterstützt wird und einen bewaffneten Flügel bzw. eine eigene Miliz (militia) innehat.¹ Und obwohl sie nicht in der Kurdistan-Front vertreten war, wird ihr im Rahmen der „nationalen Einheit“ im ersten kurdischen Kabinett der Posten des Justizministers angeboten. Sie nimmt das Angebot jedoch nicht an. Außerdem ignoriert sie die kurdische Regionalregierung, indem sie in ihren Hochburgen – besonders in den Distrikten Şarezur (Halabja), Ranye und Kifri – ihre eigene Ordnung und eigenen Gesetze bzw. eigene Weltanschauung zu praktizieren und eine eigene Infrastruktur, ein eigenes System zu bauen versucht. Es kommt daher zu Reibereien zwischen der IMK und anderen Parteien. Dazu schreibt amnesty international später:

„[...] following the failure of negotiations with the KDP and PUK over its participation in the Council of Ministers, the (IMK) distanced itself from mainstream politics and consolidated its own structures in territory under its control (mainly in the regions bordering Iran in Sulaimaniya province) and elsewhere in Iraqi Kurdistan where it had presence and membership. In these areas it established its own system of law enforcement, a judicial apparatus, courts and detention facilities and provided educational, health and social services for its members. This has been one of the continuing sources of friction between the (IMK) and the other political parties, which have accused the (IMK) of not recognizing or accepting the legitimacy of the Kurdish administration and its institutions, and so have thereby contributed to the destabilization of the region. At the same time, the (IMK) has itself failed to develop a substitute system of accountability as regards its own members who commit human abuses, including torture and unlawful and deliberate killings.”²

Ende Dezember 1993 bricht eine heftige bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Anhängern der PUK und der IMK in weiten Teilen der Schutzzone aus. Der Hintergrund dieses Konflikts ist offenkundig die Abneigung zwischen beiden Parteien – bzw. zwischen „Obskurantisten“ und „Atheisten“ – wie jede Partei die andere nennt. Zudem wird der Versuch der IMK, ein eigenes „Scheichtum“ oder eigene Enklaven in einigen Gebieten in den Provinzen Sulaimaniya und Kirkuk einzurichten, auch als zusätzliche Herausforderung von der PUK verstanden, weil die PUK diese Gebiete als ihren Einflussbereich betrachtet.³ Aber dies wird auch von anderen kurdischen Parteien als „Staat im Staat“ verstanden und nicht gebilligt.

Der Konflikt beginnt durch einen kleinen Streit am 14. Dezember zwischen einem Mitglied der IMK und einem Mitglied der PUK in Kifri, in dem das Mitglied der PUK angeschossen wird. Zwei Tage danach wird ein Mitglied der IMK – der Englischlehrer Ihsan Jabbar, der auch Prediger an einer Moschee in Kifri ist – von bewaffneten Kämpfern der PUK festgenommen. Darauf folgend werden zwei Mitglieder der PUK von bewaffneten Kämpfern der IMK festgenommen, was Anhänger der PUK dazu treibt vier Anhänger der IMK in einem Fahrzeug

¹ McDowall, 1997, S.386.

² amnesty international, 1995, S.20.

³ McDowall, 1997, S.387.

zu erschießen. Diese Tat wirkt als der zündende Funke für die bewaffnete Auseinandersetzung, die sich zunächst in die Stadt Ranye und dann rasch in andere Gegenden von Kirkuk, Sulaimaniya und Arbil ausbreitet und in einen erbitterten Krieg zwischen PUK und IMK verwandelt, der zwei Wochen lang dauert. Nach den bewaffneten Zusammenstößen in Ranye und anderen Städten in den Provinzen Sulaimaniya und Kirkuk führt die PUK am 21. Dezember mehrere Angriffe auf die Quartiere der IMK in Rawandiz – hier werden auch verschanzte Kämpfer der IMK in einer Moschee mit schweren Waffen angegriffen, Shaqlawe, Harir und Diana in der Provinz Arbil. Daraufhin greift die IMK die Quartiere der PUK in Qela Dize, Haci Awa und Çwar Qurne an.

Einen Waffenstillstand zwischen beiden Kriegsparteien, der am 25. Dezember vereinbart wird, wird nicht eingehalten. Bewaffnete Auseinandersetzungen dauern dann in mehreren Städten, wie Koysinjaq, Halabja, Kifri und Kalar an; sie dehnen sich danach in die Großstädte Arbil und Sulaimaniya aus. Am folgenden Tag greift die PUK das Hauptquartier der IMK in Bétwate an und bringt es unter ihre Kontrolle. Mehrere hohe Funktionäre der IMK, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Nähe des Hauptquartiers befinden, werden festgenommen. Auch der geistliche Führer der IMK Sheikh Uthman Abd al-Aziz wird festgenommen und nach Arbil gebracht und von da – nach der Vermittlung der KDP – nach Salahaddin eskortiert und unter dem Schutz der KDP gestellt. Die Anhänger der IMK werden nach diesen Kämpfen aus ihren Quartieren und Stellungen in den meisten Städten der Schutzzone zum Grenzgebiet – zu Iran – verdrängt. Der Minister für Peshmerga-Angelegenheiten Jabar Farman (PUK) fungiert während der bewaffneten Auseinandersetzungen gegen die IMK als Feldherr der PUK, und zwar im Auftrag der Führung seiner Partei und nicht der kurdischen Regionalregierung. So ist das höchste Entscheidungsgremium für ihn die Führung der PUK und nicht das gewählte kurdische System (Parlament und Kabinett) gewesen.

Mit diesen bewaffneten Auseinandersetzungen beginnt jedenfalls die erneute Uneinigkeit der kurdischen Widerstandsbewegung bzw. die zweite Phase des Zwistes und die *erste Runde* der zweiten Serie des „Bruderkrieges“ zwischen den kurdischen Organisationen bzw. Parteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Irakisch-Kurdistan.¹

In diesem internen Krieg werden von beiden Kriegsparteien ungefähr 500 Personen (Kämpfer und Zivilisten) getötet oder verwundet, weitere Hunderte von ihnen gefangen oder festgenommen und zahlreiche Häuser und öffentliche Gebäude zerstört. Die Gefangenen der beiden Parteien werden zudem nicht in den Gefängnissen der kurdischen Regionalregierung in Haft genommen, sondern in privaten Gefängnissen oder Quartieren der beiden Parteien. Beide Parteien werfen einander schwere Menschenrechtsverletzungen während des Krieges und danach vor. Amnesty International erklärt in ihrem Bericht darüber:

„The circumstances in which detainees in both (PUK) and (IMK) custody were held, and the absence of any judicial supervision of their cases, made them highly vulnerable to abuse. Allegations of torture, deaths in custody and unlawful and deliberate killings were rife.

Scores of People were also arrested outside the context of armed conflict. Most of these arrests were carried out by the (PUK), particularly in the aftermath of the defeat of (IMK) forces. Those arrested included civilians who were suspected of having taken up arms and participated in the clashes, and those who were known or suspected supporters of the (IMK).”²

¹ Die erste Serie des „Bruderkrieges“ innerhalb der Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan fand zwischen 1976 und 1986 statt.

² amnesty international, 1995, S.98 -102.

2.2. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PUK (und ihren Verbündeten) und der KDP (und ihren Verbündeten) 1994 – 1997 und die Rolle der Regionalmächte Iran, Irak, Türkei und Syrien.

Im Frühling 1994 erreichen die Spannungen der nicht demokratischen politischen Konkurrenz bzw. des schweigend ausgetragenen Machtkampfes zwischen der PUK und der KDP ihren Höhepunkt. Die KDP beschuldigt währenddessen den höchsten Funktionär der PUK in Ranye (M. Ch.), den Verantwortlichen des Regionalkomitees (*Nawçe*) der KDP dort (Feqe' Lajani) ermorden lassen zu haben. Zudem wird ein Polizeioffizier (Hauptmann Kamal Hewdiyani – KDP) in Arbil von einem Kommandeur der PUK (M. Gh.) während seines Diensts auf der Straße in der City erschossen;¹ der Täter wird jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen; er wird zwar vom Sicherheitsdienst „*Asayiş*“ festgenommen, jedoch nach ein paar Tagen einfach freigelassen. Währenddessen werden Rückkehrende von einer Veranstaltung der KDP in Choman von Anhängern der PUK mit Steinen angegriffen, und es kommt dabei zum Schusswechsel; vier Personen von beiden Seiten werden verletzt. Danach werden rückkehrende Schüler von einem durch die PUK organisierten Ausflug von Anhängern der KDP auf dem Weg nach Arbil (in *Mela Omer*) mit Steinen beworfen. Daraufhin entbrennt eine heiße Propaganda-Kampagne in den Medien der beiden Parteien (PUK und KDP) gegeneinander.

2.2.1. Die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Jahren 1994 – 1995 und die Rolle des Irans (*die zweite, dritte, vierte, fünfte und sechste Runde des neuen „Bruderkrieges“*)

Am 1. Mai führt ein Vorfall zwischen Anhängern der KDP und PUK im Distrikt *Qela Dize* in der Provinz Sulaimaniya zu schweren Angriffen der PUK-Anhänger gegen Quartiere und Anhänger der KDP in zwei Städten, und dann zu einem heftigen internen Krieg zwischen den Anhängern der PUK und der KDP in fast allen Gebieten der Schutzzone bzw. der selbstverwalteten Region Kurdistans.

An diesem Tag kommt Ali Hasso Mirkhan (ein Kommandeur der KDP in Salahaddin) mit 20 Peshmergas der KDP nach Qela Dize. Er erhebt den Anspruch auf ein Grundstück dort, kann sich aber mit seinen Gesprächspartnern nicht einigen. Als er den Streit darüber bei den lokalen Behörden nicht friedlich lösen kann, kommt es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen ihm und Anhängern der PUK; dabei wird ein Peshmerga der PUK (Mam Jotyar) getötet. Am nächsten Tag schickt die PUK die Verstärkung von Ranye nach Qela Dize – trotz der Bemühungen der Führung der KDP zur Dämpfung der Spannungen – und greift das Hauptquartier der KDP (*Nawçe* – Lokalkomitee) in der Stadt Qela Dize an, damit beginnt die **zweite Runde** des erneuten Bruderkrieges in Irakisch-Kurdistans; dabei werden ein PUK-Kommandeur (Ali Nabi), aber auch Mirkhan und zwei Peshmergas der KDP getötet und sechs Wächter des Hauptquartiers der KDP verwundet. 19 andere Peshmergas der KDP (Begleiter von Mirkhan) werden zudem gefangengenommen; alle werden danach hingerichtet bzw. erschossen, ihre Leichen werden zudem verstümmelt. Auch das Hauptquartier (*Nawçe*) der KDP in Qela Dize wird von den bewaffneten Anhängern der PUK besetzt und demoliert.

Am gleichen Tag stürmen die PUK-Kämpfer das Gebäude des Lokalkomitees (*Nawçe*) und das Hauptquartier des elften Zweigs „*Liq*“ (Sektion) der KDP in der Stadt Ranye, obwohl sich zu dieser Zeit eine gemeinsame Regierungsdelegation {aus Innenminister (KDP) und Finanzminister (PUK)} dort aufhält, um eine weitere Eskalation des Zwischenfalls zu verhindern. Die PUK-Angreifer besetzen das Hauptquartier der KDP, beschlagnahmen alle

¹ Der Hauptmann hatte schon während seines Dienstes an der Demarkationslinie zwischen Arbil und Mosul auf einen Schmuggler geschossen und ihn dabei tödlich getroffen. Der Schmuggler war ein Verwandter von M. Gh.

Dokumente und Unterlagen, vernichten die Einrichtung und nehmen mehrere Funktionäre und Kämpfer der KDP, die sich dort befinden, fest; zwei von ihnen {ein Peshmerga der KDP, Muhammad Qader, und der Verantwortliche für das Lokalkomitee (*Nawçe*) der KDP in Ranye, Ahmad Saleh Beg} werden gleich oder kurz nach der Festnahme auf der Straße bzw. vor dem Gebäude der achten Sektion „*Melbend*“ der PUK erschossen.¹

Von Anfang an – gleich am ersten Tag – zeigt Massoud Barzani in Salahaddin ein großes Maß an Verantwortungsbewusstsein und Zurückhaltung. Sofort nach dem ersten Zwischenfall schickt er einen dringenden Appell (im Radio) sowohl an die wichtigsten PUK- und KDP-Funktionäre im betroffenen Gebiet als auch an die Politbüros beider Parteien, um gemeinsam zu intervenieren und den Streit unverzüglich einzudämmen.²

Eine der wichtigsten vereinbarten Regeln zwischen den Koalitionspartnern betont zudem, dass politische Parteien nicht in örtliche Streitigkeiten eingreifen, selbst wenn Parteimitglieder darin verwickelt sind, sondern dem Apparat der Regionalregierung Gelegenheit geben sollen, Recht und Ordnung selbst durchzusetzen.³ Diese Regel wird jedoch im laufenden Konflikt von der PUK deutlich nicht eingehalten und damit ist die Regionalregierung bewusst übergangen.

An diesem Tag setzt die PUK außerdem in Sulaimaniya einen Notplan mit Errichtung von Straßensperren in Gang und versetzt ihre Streitkräfte (bewaffneten Einheiten) in höchste Alarmbereitschaft.

Dies alles kann nach Ansicht der KDP und neutraler Beobachter nicht ein reiner Zufall oder eine normale Reaktion einer „verbündeten“ politischen Partei auf einen Zwischenfall bzw. ein begrenztes Vorkommnis gegen einen Koalitionspartner der „gleichen Regierung“ sein. Man kann eben feststellen, dass diese Reaktion bzw. Handlung der PUK geplant ist, zur Beseitigung des – zweiten – Gegners in der Region mit Waffengewalt, mit anderen Worten um endlich in der Schutzzone alleine zu herrschen.

Daraufhin bringt die KDP die Quartiere (*Melbend und Komite* – Sektion und Lokalkomitees) der PUK in Duhok, Zakho und Ammadiya am 3. Mai friedlich (ohne Blutvergießen) unter ihre Kontrolle – nach deren Belagerung am Abend des vorigen Tages und nach Verhandlungen mit Vertretern der PUK dort; die dortigen Funktionäre und der Stellvertreter des Gouverneurs von Duhok (PUK) werden aber im Hotel Babil (Babylon) in Duhok ein paar Tage festgehalten.⁴

An diesem Tag wird ein vereinbartes Treffen der Politbüros beider Parteien von der PUK verschoben. Zudem greifen die Kämpfer der PUK in der Stadt Sulaimaniya nicht nur das Hauptquartier des vierten Zweiges „*Liq*“ der KDP an, sondern auch alle anderen Quartiere und Einrichtungen der KDP dort, z.B. die Sitze der Frauenunion, der Studenten- und Schülerunion, der Jugendunion etc., und sie verwenden dabei auch schwere Waffen. Zahlreiche Menschen werden auf beiden Seiten getötet oder verwundet. Über 90 Mitglieder der KDP, darunter Qader Qader (der Stellvertreter des Ministers für Peshmerga-Angelegenheiten), der Kommandeur der „Vereinigten Peshmerga-Armee“ und der Stellvertreter des Gouverneurs von Sulaimaniya), werden dort festgenommen.⁵

Der Minister für Peshmerga-Angelegenheiten – gleichbedeutend mit Verteidigungsminister der kurdischen Regionalregierung – (Jabar Farman) engagiert sich zudem noch einmal als Feldherr der PUK in den Provinzen Sulaimaniya und Kirkuk bzw. als Oberbefehlshaber der PUK im Laufe dieser bewaffneten Auseinandersetzungen, weil sich der Generalsekretär (Chef) der Partei Jalal Talabani zu dieser Zeit im Ausland befindet. Er setzt wieder das Amt sowie die Mittel des Ministeriums dafür ein, Streitigkeiten mit anderen politischen Parteien bzw. mit der

¹ amnesty international, 1995, S.118 – 119; vgl. auch KDP, 1994, S.10.

² In dieser Zeit waren wir in der Schutzzone anwesend und haben den Appell Barzanis mitgehört und die Ereignisse selbst beobachtet.

³ KDP, 1994, S.5.

⁴ Interview mit Herrn Bahzad Adam Ende Mai 2002 in Berlin, der damals ein hoher Funktionär der PUK und Stellvertreter des Gouverneurs von Duhok war.

⁵ amnesty international, 1995, S.111-112.

„verbündeten Partei“ verbissen und durch eine umfassende Offensive bzw. einen totalen internen Krieg zu regeln.

Am dritten Tag treffen sich die Politbüros beider Parteien – mit Teilnahme von Massoud Barzani – in Salahaddin. Eine Übereinkunft wird dabei zwischen beiden Seiten erzielt: zur Verhinderung weiterer Eskalation, zur Einsetzung einer gemeinsamen Untersuchungskommission, zur Beachtung eines Waffenstillstandes und zur sofortigen Freilassung aller Gefangenen.

Am Abend wird jedoch das Gebäude des kurdischen Parlaments in Arbil von einer bewaffneten Gruppe der PUK besetzt; die PUK-Kämpfer entwaffnen und vertreiben die offizielle „Wache der Nationalversammlung“ und postieren sich auf dem Dach und rund um das Parlamentsgebäude und bringen Maschinengewehre in Stellung.¹ Zudem besetzen sie auch die Gebäude der Regionalregierung und benachbarter Ministerien. Damit eskaliert die PUK den Konflikt und verstößt gegen das Parlamentsgesetz (Artikel 58),² und sie verletzt in der Tat dadurch nicht nur den Respekt der kurdischen Nationalversammlung, sondern auch die Gefühle des gesamten kurdischen Volkes bzw. der Bevölkerung Kurdistans. Das Parlament (der langjährige Traum des kurdischen Volkes) wird dadurch für eine Weile gelähmt bzw. an der Ausführung seiner Pflicht behindert. Der Ministerpräsident Kosrat Rassul (PUK) kümmert sich überhaupt nicht darum, eine gesetzliche und geeignete Maßnahme diesbezüglich zu ergreifen. Der Innenminister (KDP) kann anscheinend nichts dagegen tun.

Auf diese Weise kommt auch der „Ministerrat“ bzw. das zweite Kabinett der Regionalregierung zum Erliegen.

Am 3. Mai bringen PUK-Kämpfer auch das „Jumhuri Hospital“ und das Entbindungs Krankenhaus in Arbil unter ihre Kontrolle.³

Daraufhin werden KDP-Kämpfer im Krankenhaus Rızgari in Arbil stationiert und das Krankenhaus von ihnen kontrolliert.

An diesem Abend gibt Massoud Barzani eine öffentliche (offizielle) Erklärung in den örtlichen Medien ab, in der er – wegen des Ernstes der Lage – eine sofortige und friedliche Lösung des Konflikts fordert und er ruft insbesondere die Anhänger seiner Partei zur Zurückhaltung auf. Er sagt nämlich:

„Trotz der schwerwiegenden Ungerechtigkeiten, die gegen unsere Partei in Qela Dize, Ranye und Sulaimaniya in den letzten Tagen begangen worden sind, und weil die Zukunft des kurdischen Volkes in großer Gefahr ist, und um weitere Tragödien zu verhindern, rufe ich alle Parteien auf, Zurückhaltung zu üben und die Lage zu beruhigen und die Kampfhandlungen sofort einzustellen. [...] Wir haben immer unsere Interessen für die obersten und allgemeinen Interessen des Volkes von Kurdistan geopfert. Heute verzichten wir einmal mehr auf unser Recht, um die höheren Interessen unseres Volkes zu wahren.“⁴

Trotzdem breiten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen in die Städte Chamchamal, Halabja, Kifri, Kalar, Khormal, Biyare, Salahaddin, Shaqlawe und Aqra (Akré) aus. Dabei werden die Partei quartiere von dieser oder jener Partei angegriffen, zerstört und /oder in Brand gesetzt. Es gibt mehrere Berichte (bei amnesty international) über die Ermordung weiterer

¹ Diese Besetzung dauert bis Ende Juni 1994. Zwar hat die PUK-Fraktion 50 Parlamentssitze bekommen. Aber im Parlament hat sie selbst - ohne ihre Verbündete TPK – nur 46 Sitze. Die KDP hat hingegen – mit einem Mitglied der Christen(lila)-Fraktion - 51 Parlamentarier. Außerdem gehört der Parlamentspräsident der KDP an. Deshalb hat die PUK innerhalb des Parlaments eine schwächere Position gehabt als die KDP. Sie hat sicher mit eventuellen unangenehmen Parlamentsentscheidungen für sie bzw. ihre Bestrebungen und Pläne – wenn auch mit knapper Mehrheit – gerechnet. Deswegen hat sie von Anfang an eine gewisse Abneigung dem Parlament gegenüber empfunden.

² Artikel 58 des Parlamentsgesetzes verbietet den Eintritt von jedem Bewaffneten bzw. jeder bewaffneten Gruppe ins Gebäude des Parlaments und dessen bzw. deren Aufenthalt an den Ein- oder Ausgängen des Parlaments ohne eine entsprechende Forderung des Parlamentspräsidenten, vgl. Gohary, 1992, S. 192.

³ amnesty international, 1995, S.113.

⁴ Zitiert nach KDP, 1994, S.11.

Kriegsgefangener von beiden Seiten (außer den 19 KDP-Gefangenen, die bereits am 2. Mai von der PUK-Angreifern in Qela Dize erschossen wurden); z.B. am 4. Mai werden 4 PUK-Gefangene von den Angreifern einer gemeinsamen bewaffneten Gruppe der KDP/IMK in Khormal getötet, am 5. Mai werden 11 KDP-Gefangene (einer von ihnen, Fariq Tawfiq Ali, ist 12 Jahre alt) von PUK-Angreifern in Halabja und 6 PUK-Gefangene von KDP-Angreifern in Salahaddin getötet; am 7. Mai werden 3 PUK-Gefangene – einschließlich Rif'at Abdullah alias Rébaz – ein hoher Funktionär der PUK, von einer bewaffneten Gruppe der KDP in Aqra getötet.¹

Die PUK versucht am 5. Tag sogar das Hauptquartier der KDP-Führung in Salahaddin gewaltsam einzunehmen und die Führung der KDP gefangenzunehmen. Und sie bringt Verstärkungen nach Shaqlawe dafür.

Von nun an werden keine Zolleinnahmen der Grenzkontrolle (Khabur – Ibrahim Khalil) – welche unter Kontrolle der KDP ist – an das Finanzministerium in Arbil geschickt. Außerdem schränkt die KDP den Lebensmittelhandel zwischen Duhok und anderen Provinzen der Schutzzone ein; die Händler können nur mit Sondererlaubnis der KDP-Funktionäre in diesem Bereich tätig werden. Die KDP beabsichtigt mit der Ergreifung dieser Maßnahmen, einerseits Druck auf die Führung der PUK auszuüben, damit sie die „Gewaltanwendung zum Erreichen ihrer Ziele“ unterlässt; andererseits Druck auf die Bevölkerung auszuüben, damit diese gegen die Aktionen der PUK laut protestiert bzw. auf die Straße geht. Man kann für die Nicht-Finanzierung der praktisch aufgelösten gemeinsamen Regionalregierung – der Teilregierung des Gegners – in Arbil gewissermaßen Verständnis haben. Aber für die zweite Maßnahme, d.h. für den Druck auf die Bevölkerung mit dem Drosseln der Lebensmittelszufuhr, damit diese sich gegen „das nicht demokratische Verhalten bzw. die Feindseligkeiten der PUK“ erhebt, kann niemand Verständnis haben, denn diese Vorgehensweise „*modus procedendi*“ kommt für die leidenden Bevölkerung eigentlich einem zusätzlichen bzw. dritten Wirtschaftsembargo gleich. Daraufhin steigen die Preise in den betroffenen Gebieten der Schutzzone – besonders deswegen – enorm. Der erneute Bruderkrieg ärgert und enttäuscht die gesamte Bevölkerung Kurdistans, und die veranlasste Teuerung belastet besonders die armen Bevölkerungsschichten in der Region extrem.

Währenddessen wird Jalal Talabani von allen Seiten darum gebeten, unverzüglich nach Kurdistan zurückzukehren, um zur Lösung des Konflikts beizutragen. Zunächst erklärt er seine Bereitschaft dazu, dann ändert er seine Meinung abrupt und beschließt, trotz aller vorangegangenen Rückkehrarrangements, die von den USA und der Türkei getroffen worden sind, um ihn in die Schutzzone zu fliegen, das amerikanische Angebot nicht anzunehmen und stattdessen nach Damaskus zu reisen.²

In der zweiten Woche breiten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen in andere Städte und Gebiete aus: PUK-Kräfte besetzen die meisten Parteiquartiere der KDP in der Provinz Sulaimaniya und im Gebiet von Germiyan in der Provinz Kirkuk. Und KDP-Kräfte besitzen weitere Quartiere der PUK in Aqra, Diana, Soran, Khalifan und Harir.

Mittlerweile kämpfen die IMK und die PUK in Penjwin, Sayyid Sadiq, Halabja, Khormal, Tewéle und Biyare gegeneinander. Es wird aber klar, dass Kämpfer der KDP und IMK in manchen Gebieten miteinander kooperieren, um die PUK zu schlagen, und dass die IMK vom Iran – sowohl logistisch als auch mit Waffen – unterstützt wird,³ auch die KDP wird vom Iran

¹ amnesty international, 1995, S.112. Eine Delegation von ai besucht im Juli 1994 die Schutzzone und ermittelt die Menschenrechtsverletzungen dort; an Hand zuverlässiger Aussagen zahlreicher Augenzeugen, früherer Kriegsgefangener bzw. Häftlinge, Verwandter der Opfer und mehrerer Parteifunktionäre. Sie veröffentlicht dann einen Bericht darüber im Jahre 1995. Auch Repräsentanten des Internationalen Roten Kreuzes (ICRC) wird während dieser bewaffneten Auseinandersetzungen der Zugang zu den Gefangenen bzw. Häftlingen zugesichert.

² KDP, 1994, S.13-14.

³ McDowall, 1997, S.387.

logistisch unterstützt; das iranische Regime gießt dadurch Öl ins Feuer, um die Schutzzone noch mehr zu destabilisieren und mehr Einfluss in der Region zu erringen.

Mitte Mai bringt die US-Regierung ihre Sorge über den Konflikt zwischen den kurdischen Parteien zum Ausdruck. Der Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten in Washington, Peter Tarnoff, sendet ein Schreiben an den INC diesbezüglich, in dem er den INC ermutigt, seine Bemühungen zur Lösung der Krise fortzusetzen.

Das britische „*Foreign Office*“ versucht um diese Zeit Herrn Talabani über die PUK-Vertretung in London dazu zu drängen, ohne weitere unnötige Verzögerungen nach Irakisch-Kurdistan zurückzukehren.

Auch der UNO-Vertreter in Arbil, Stafford Clarry, sendet ein Schreiben an die Führungen beider Parteien, in dem er auf die Gefährdung des humanitären Hilfsprogramms der UNO hinweist, die von einer Fortsetzung der Kampfhandlungen ausgeht.

Am 17. und 18. Mai brechen bewaffnete Auseinandersetzungen in der Nähe von Haji Omeran und in Koysinjaq aus; bei der ersten Auseinandersetzung werden ein Führungsmitglied der PUK (Hassan Kwéstani) und drei seiner Verwandten von einer gemeinsamen bewaffneten Gruppe der Islamisten und der KDP gefangengenommen und erschossen, und die Leiche von Kwéstani wird zudem verstümmelt und an der Stelle beerdigt; bei der zweiten Auseinandersetzung werden ein Funktionär der KDP-Organisation Halgurd Uthman alias Mam Yahja und zwei seiner Brüder sowie zwei weitere Mitglieder der KDP während des Angriffes der PUK auf das KDP-Quartier (Nawçe) in Koysinjaq gefangengenommen und danach auf der Straße Koysinjaq-Sulaimaniya erschossen und an der Stelle beerdigt.¹

Diese brutalen Handlungen gegen die Kriegsgefangenen und das respektlose Verhalten der Leichen der Opfer gegenüber spiegeln einerseits das hässliche Gesicht bzw. die barbarische Natur des Krieges – wo und wann immer – wider, weil der Krieg nur Hass und Groll hegen kann; andererseits stellen sie zweifellos deutliche Verletzungen der Menschenrechte in der Schutzzone während dieses internen Krieges – seitens der Kriegsparteien – dar, und die betreffenden Feldherren – aller Kriegsparteien – tragen eindeutig die volle rechtliche und moralische Verantwortung und die Führungen der Parteien tragen – mehr oder weniger – die politische Verantwortung dafür.

amnesty international berichtet in diesem Zusammenhang:

*„The Kurdish leadership has failed to ensure that the Peshmerga Forces and the security and special forces, whether operating in the name of the Council of Ministers or individual political parties, act with in the rule of law. These Forces continue to arrest people arbitrarily and torture detainees. They continue to kill civilians. They have killed combatants and others after capture, surrender or after such combatants have been incapacitated by wounds. All such acts violate international humanitarian law, in particular as recognised in common Article 3 of the Geneva Conventions of 1949. Despite evidence of responsibility of these forces for widespread human rights abuses, not one single individual has been brought to justice.“*²

Die irakische Oppositionsdachorganisation „*The Iraqi National Congress*“ (INC) spielt während der Kampfhandlungen die wichtigste Rolle zur Vermittlung zwischen den Kriegsparteien, um den Konflikt friedlich beizulegen. In mehreren Gelegenheiten gelingt es ihr die höchsten Funktionäre der PUK, IMK und KDP an den Verhandlungstisch zu bringen. Unter ihrer Schirmherrschaft werden einige Übereinkünfte herbeigeführt: Über einen umgehenden Waffenstillstand, über den gegenseitigen Rückzug der bewaffneten Kräfte und über den Gefangenaustausch. Diese Übereinkünfte werden zwar häufig missachtet, der INC kann aber in manchen Fällen die Spannungen zwischen den Konfliktparteien gewissermaßen abbauen und damit eine weitere Eskalation des Konflikts verhindern. Mit der Einwilligung aller Seiten

¹ amnesty international, 1995, 120-121 und 128-130.

² amnesty international, 1995, S.131.

übernimmt der INC auch die Verantwortung für den Einsatz von neutralen Kräften unter ihrer Aufsicht zur Kontrolle von strategischen Stellungen und Kontrollpunkten (Checkpoints), die vorher entweder von der PUK oder von der KDP kontrolliert worden sind.¹

Während dieses internen Krieges werden auch seitens der politischen Parteien in der Region, die neutral (unparteiisch) bleiben, bedeutende Anstrengungen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien unternommen. In erster Linie sind allerdings die Kommunistische Partei Kurdistans (KCP), die Partei der Werktätigen (TPK) und die demokratische assyrische Bewegung (ADM) in dieser Hinsicht tätig geworden, deren Kräfte leisten auch Hilfe mit anderen Mitteln; in Sulaimaniya z.B. dient das Hauptquartier der KCP als ein „neutraler Ort“ zum Austausch der Gefangenen; in Arbil werden gemeinsame Kräfte der KCP/TPK zur Überwachung des Gefängnisses von „Mahatte“ eingesetzt, um die Flucht von dessen Insassen zu verhindern. Der größte Teil der Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung (Polizei und Sicherheitsdienst – *Asayiş*) in Arbil wird zu Anfang der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den großen Parteien praktisch aufgelöst; alle Angehörige beider Bereiche, die Mitglieder der PUK oder der KDP sind, schließen sich sofort ihrer Partei als Kämpfer an.²

Außerdem werden in den Städten Sulaimaniya und Arbil Komitees von Berufsverbänden und Massenorganisationen gebildet, die zum Frieden aufrufen. Gemeinsame Delegationen dieser Volkskomitees und zahlreiche religiöse Geistliche bzw. angesehene Persönlichkeiten der kurdischen Gesellschaft besuchen die Führungen beider großen Parteien und appellieren an sie, den Krieg sofort zu beenden und den Konflikt friedlich beizulegen.

Die Sicherheitslage in der Schutzzone wird während dieser Runde des neuen „Bruderkrieges“ sehr kritisch. Die Bevölkerung in der Region ist in dieser Zeit furchtbar beunruhigt und wirkt tatsächlich traurig. Sie kocht und weint vor Zorn und Enttäuschung. Die Leute haben nicht nur große Angst um Leib und Leben, sondern auch berechtigte Sorgen um ihre Existenz bzw. Zukunft; ihre einmalige Selbständigkeitschance ist zudem ernsthaft gefährdet. Sie sind sich überdies bewusst, dass die Nachbarstaaten der Schutzzone als andere als Freunde der Kurden sind – und dass sie schadenfroh grinsen und mit großer Freude Öl ins Feuer gießen würden; sie wissen dass Diktator Saddam Hussein noch im Hinterhalt lauert; und sie kennen die Schwäche der halbherzigen westlichen Unterstützung und humanitären Hilfe der UNO.

Der Krieg macht aber die antagonistischen Kriegstreiber voller Hass und rücksichtslos. Und die Kriegstreiber können weder das Anliegen des Friedens begreifen noch Widerspruch oder Kritik vertragen.

Mehrmals demonstriert die Bevölkerung in Sulaimaniya und Arbil gegen den internen bzw. Bruder-Krieg und verlangt eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen. Die Demonstranten protestieren zwar friedlich, skandieren aber Parolen gegen den Krieg und die Kriegstreiber und verlangen die Schaffung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Während einer dieser Demonstrationen am 7. Mai 1994 in Arbil rufen die Demonstranten, z.B. „*Wir brauchen keinen Krieg, kein Chaos und keine Preissteigerungen*“, „*Wir benötigen Einigkeit, Frieden und Brot*“ und „*Wer Krieg will, soll Kurdistan verlassen*“; plötzlich werden zwei Demonstranten (Khaled Khalil Hama Amin und Hamid Hassan) getötet und zahlreiche von ihnen verletzt, als Schüsse in die Menschenmenge gefeuert werden. Die KDP beschuldigt die PUK, verantwortlich für die Tat zu sein; aber die PUK behauptet: Der Demonstrationszug sei aus einem unbekanntem Auto unter Feuer genommen worden. Die Demonstranten erklären jedoch, kein vorbeifahrendes Auto gesehen zu haben. Einige von ihnen bekräftigen, die Schüsse seien von bewaffneten Männern auf den Dächern aus der alten Zitadelle von Arbil abgegeben worden.³

Eine weitere Protestdemonstration gegen den internen Krieg wird am 21. Mai in Sulaimaniya

¹ An diesen Checkpoints hatte man ein unangenehmes Gefühl; diese Kontrollstellen haben die Bevölkerung – auch uns - unweigerlich an die Checkpoints des Baath-Regimes erinnert und das Schreckgespenst von dessen Rückkehr bei ihr hervorgerufen.

² amnesty international (ai), 1995, S.113 –114.

³ (ai), 1995, S.114.

durch Schießen in die Luft von den PUK-Kämpfern aufgelöst, nachdem die Demonstranten das Hauptquartier der PUK mit Steinen bewerfen.

Um diese Zeit spricht Massoud Barzani telefonisch mit Jalal Talabani in Damaskus, um ihn zur Rückkehr zu drängen und über ein Angebot der türkischen Regierung zu reden, ein Treffen Ende Mai in der Türkei abzuhalten.

Die Türken stimmen zu, am 30. Mai ein Treffen in Silopi [Türkisch-Kurdistan] zu veranstalten, an dem hohe Funktionäre beider Parteien, türkische Militäroffiziere und Beamte des türkischen Außenministeriums teilnehmen sollen, um die gegenwärtige Konfliktsituation, aber auch die Rolle der PKK in diesem Konflikt und die Flucht von Kurden aus der Türkei bzw. „Türkisch-Kurdistan“ nach Nordirak (Irakisch-Kurdistan) zu besprechen.

Vom 24. – 27. Mai marschieren etwa 200 Frauen von Sulaimaniya nach Arbil. Sie demonstrieren dann – vergeblich – vor dem besetzten Gebäude des Parlaments (von der PUK) und fordern die Beendigung des internen Krieges und von dessen Resultaten.

Ende Mai treffen sich die Delegationen beider Parteien in Silopi. Bei dem Treffen wird über die Situation diskutiert, wobei beide Konfliktparteien sich verbürgen, die Lage wieder zu normalisieren und Frieden und Stabilität zu sichern. Der türkischen Seite wird zudem versichert, dass man es der PKK nicht gestatten werde, aus dem Machtvakuum in der Region Vorteil zu ziehen.¹

Während der Friedensgespräche in Silopi offenbart merkwürdigerweise ein Politbüromitglied der PUK in Sulaimaniya, Faraydoon Abdulkadir, in der Öffentlichkeit das Hauptziel der PUK in diesem Konflikt. Abdulkadir erklärt in einem Interview mit dem Fernsehsender der PUK dort, dass Ziel der PUK in diesen Kämpfen sei, das Hauptquartier der KDP in Salahaddin und die Residenz bzw. das Hauptquartier von Massoud Barzani in Seri Reş (bei Salahaddin) zu erobern und die KDP-Führer gefangen zu nehmen. Er verspricht seinen Zuschauern in seiner Erklärung, den Plan in zwei bis drei Tagen zu verwirklichen.²

Trotzdem entschärft sich die Situation in der Schutzzone einen Tag danach deutlich. Zwei Tage später (am 02. Juni) trifft Jalal Talabani endlich am Bord eines türkischen Hubschraubers in Arbil ein.

Bewaffnete Auseinandersetzungen finden aber während der Monate Juni und Juli – mit Unterbrechungen – in mehreren Gebieten statt, auch wenn sie im niedrigen Ausmaß ausbrechen und schnell eingedämmt werden. Jedenfalls bleiben die Beziehungen zwischen beiden großen Parteien weiter angespannt. Es werden viele bekannte Mitglieder und Anhänger der Konfliktparteien von der anderen (gegnerischen) Partei in Haft genommen, mehrere von ihnen werden während der Gefangenschaft gefoltert oder ermordet.

Während eines Trauerzugs der Bevölkerung (von unbewaffneten Zivilisten) am 13. Juni in der Stadt Sulaimaniya zur Beisetzung eines getöteten Peshmerga-Kommandeurs der KDP (Uthman Qadir Munawar) werden zahlreiche Teilnehmer an diesem Trauerzug getötet oder verwundet, als die Kämpfer der PUK in die Menschenmenge feuern. Die PUK spricht von 14 Toten und 46 Verwundeten, die KDP schätzt hingegen die Zahl der getöteten Personen auf 51, sie gibt aber die Namen von 22 Opfern bekannt.³

Mitte August brechen weiterhin bewaffnete Auseinandersetzungen in Qela Dize und Shaqlawe aus. Die Stadt Qela Dize – unter Kontrolle der PUK – wird dabei von einem kontrollierten Gebiet (nahe der Grenze zu Iran) von der KDP und der IMK mit Artillerie beschossen; unter den Opfern befinden sich zahlreiche Zivilisten. Die Auseinandersetzungen erreichen dann ihren Höhepunkt zwischen dem 23. und 26. August, als schwere Artillerie von beiden Seiten eingesetzt wird. Angaben des INC zufolge werden nur in diesen drei Tagen ca. 600 Personen (Kämpfer und Zivilisten) getötet. Auch in Arbat, Sayyid Sadiq und Halabja entbrennen erbitterte

¹ KDP, 1994, S.21.

² KDP, 1994, S.22; die KDP besitzt eine Kopie der Aufzeichnung dieses Interviews.

³ (ai), 1995, S. 86-87.

Kämpfe um diese Zeit, an denen alle drei Parteien PUK, IMK und KDP beteiligt sind. Laut Informationen von amnesty international greifen gemeinsame Kräfte der KDP/IMK die Stellungen der PUK in den Randgebieten von Halabja an und es gelingt ihnen dabei eine große Zahl von Kämpfern der PUK am Strand des Darbandikhansees einzukesseln und sie von der Hauptstraße abzuschneiden; während sich viele von ihnen der KDP und IMK ergeben, ertrinken einige von ihnen beim Versuch, durchs Schwimmen im See zu entkommen.¹

Schließlich zeigen die erbitterten Kämpfe untereinander die Ohnmacht des Parlaments und der Regierung, die nicht in der Lage sind zu vermitteln. Währenddessen tun einige Parlamentarier ihr Bestes um dem internen Krieg ein rasches Ende zu setzen und eine allseitige Aussöhnung zu arrangieren. 59 von ihnen – einschließlich des Vorsitzenden des Parlaments (Jawhar Namiq) – treten 101 Tage in einen Sitzstreik im Gebäude der Nationalversammlung, sie protestieren damit gegen den „Bruderkrieg“ und rufen zum Frieden auf.

Fast alle ausländischen Beobachter und Journalisten kommen zum Ergebnis, dass die PUK diese Runde des „Bruderkrieges“ begonnen bzw. inszeniert hat, und dass der Feldherr Jabar Farman eindeutig für die Eskalation des Konflikts verantwortlich ist; z.B. berichtet der Korrespondent des britischen „Daily Telegraph“ Amberin Zaman am 17. Mai aus Arbil darüber folgendermaßen:

„Ausländische Quellen stimmen überein, dass die meisten anfänglichen Angriffe von der PUK gekommen sind, die Herrn Barzanis vorhergehende Appelle zur Beendigung der Kämpfe ignorierte, obwohl die KDP-Kräfte sie befolgten.“²

Und der Londoner „Guardian“ schreibt am 25. Mai dazu:

„... als der Landstreit geschah, schlug Jabar Farman zu, griff ein, um eine Seite zu unterstützen, während seine Einheiten nebenbei 28 KDP-Anhänger ermordeten. Mehrere führende Mitglieder der PUK unterstützen einen Waffenstillstand und sind anscheinend mit Mr. Farman uneins. Ein Rätsel bleibt, ob der Verteidigungsminister ein Einzelgänger ist oder ob er mit dem Einverständnis von Mr. Talabani handelt.“³

Obwohl der Vorfall vom 1. Mai in Qela Dize als Funke dieser Runde des internen Krieges zwischen der PUK und der KDP fungiert, ist der tatsächliche Hintergrund dieses Krieges der offen entbrannte Machtkampf bzw. die scharfe Rivalität zwischen den Führungen beider Parteien. Die alte Vorherrschaftsbestrebung innerhalb der kurdischen Widerstandsbewegung taucht offensichtlich kurz nach der Übernahme der Verwaltung der Schutzzone durch die Kurdistan-Front wieder auf – besonders bei den Wahlen im Mai 1992 und während der gemeinsamen Machtausübung – und sie wird mit allen Mitteln verfolgt und spielt noch einmal im Hinblick auf die Einigkeit der Kurden sowie auf den Demokratisierungsprozess in der Schutzzone bzw. selbstverwalteten Region Kurdistans eine schädliche Rolle.

In dieser Runde des internen Krieges werden etwa 1000 Menschen (Kämpfer und Zivilisten) getötet und etwa 70.000 aus ihren Häusern – besonders aus Qela Dize und Halabja – vertrieben.⁴ Außerdem ebnet dieser Krieg den Weg der Einmischung der Regionalmächte – besonders des Irans – zur Instrumentalisierung der kurdischen politischen Parteien für eigene Interessen und zur Destabilisierung, Zerstörung und Zerreißung der Schutzzone. Durch diesen internen Krieg werden auch die humanitäre Hilfe und die Arbeit der UNO und der NGOs deutlich erschwert. Dies alles beunruhigt auch die Freunde des kurdischen Volkes überall und ärgert natürlich die westlichen Alliierten – besonders die Schutzmächte (Frankreich, Großbritannien und die USA); sie haben wohl die Schutzzone zum Schutz der Kurden vor Saddams Regime errichtet, sie müssen die kurdische Bevölkerung dort jetzt aber auch vor kurdischen politischen Abenteurern –

¹ amnesty international, 1995, S.114.

² „The Daily Telegraph“ vom 17. Mai 1994, zitiert nach KDP, 1994, S.25.

³ „The Guardian“ vom 25. Mai 1994, zitiert nach KDP, 1994, S.25.

⁴ McDowall, 1997, S.386.

bzw. ihren bewaffneten Anhängern – schützen. Deshalb versuchen sie zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, um die Differenzen doch friedlich beizulegen.

Zuerst bemüht sich die Französische Regierung darum. Aufgrund einer Initiative von Präsident Mitterand werden die Delegationen beider Parteien (KDP und PUK) im Juli nach Paris eingeladen. Nach einer Woche intensiver Verhandlungen und Konsultationen wird ein wichtiges Friedensabkommen zunächst von den Vertretern der beiden Seiten, Sami Abdulrahman (KDP) und Noshirwan Mustafa (PUK) am 22.07.1994 unterschrieben.

Dieses Abkommen ist tatsächlich eine historische Errungenschaft für das kurdische Volk nicht nur in Irakisch-Kurdistan, sondern auch in allen anderen Teilen Kurdistans. Es ebnet offenkundig den Weg des Friedens, der Selbständigkeit und des Fortschritts in der selbstverwalteten Region Kurdistans, sowie den Weg der Internationalisierung der kurdischen Frage im Mittleren Osten.¹

Zum erstenmal werden die Kurden vom Oberhaupt eines mächtigen Staates zur Versöhnung sowie zur Zusammenarbeit für eine einmalige Selbständigkeit gerufen. Die französische Regierung – bzw. Präsident Francois Mitterand – möchte sich damit für die Kurden besonders in Irakisch-Kurdistan – und das kurdische Volk in den anderen drei Ländern des Mittleren Ostens – als wahrer Freund erwiesen. Das „Abkommen von Paris“ sollte jedoch zunächst – bis es von Führern beider Parteien feierlich in Paris unterschrieben wird – nicht veröffentlicht werden.

Der Text des Abkommens wird jedoch kurz nach seinem Abschluss von der türkischen Presse veröffentlicht! Die Türkei leistet daraufhin einen harten Widerstand gegen das Abkommen von Paris und protestiert offiziell bei der französischen Regierung. Sie informiert gleichzeitig den Iran und Syrien über den Text des Abkommens und ruft sie zum Abhalten einer dringenden Zusammenkunft auf, um eine gemeinsame Haltung „zur Vermeidung der Gefahr der Gründung eines kurdischen Staates“ einzunehmen.

Die PUK beschuldigt die KDP, die Türken darüber informiert und die Unterzeichnung des Dokuments von den Vorsitzenden (Chefs) beider Parteien in Paris absichtlich verzögert zu haben, um dem Abkommen bzw. ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen.² Die KDP weist die Beschuldigung jedoch zurück.

Nach fast vier Monaten Krieg (am 29. August 1994) nehmen Barzani und Talabani an einer Sondersitzung des zusammengesetzten Parlaments teil, in der beide politischen Führer dem Volk die Respektierung und die Einhaltung der getroffenen Übereinkünfte durch ihre Parteien hinsichtlich des Friedens versprechen. Weniger als 48 Stunden danach brechen jedoch wieder bewaffnete Auseinandersetzungen (*der dritten Runde des neuen Bruderkrieges*) nördlich von Arbil aus; angeblich werden sie von Kräften der PUK angestiftet.³ Diese Runde dauert bis November 1994.

Ein „Bündnisvertrag“ oder (*Alliance Pact*) aus zwölf Punkten zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung bzw. für Frieden und Demokratie wird zwischen den beiden großen Parteien KDP und PUK dann am 21. November 1994 geschlossen. Im ersten Punkt dieses „Vertrages“ wird der interne Krieg zwischen den politischen Parteien ausdrücklich tabuisiert. Es heißt nämlich:

*„Fighting between political parties and forces is forbidden and is criminalized especially between PUK and KDP and regarding it a national crime must not be committed. A campaign must be waged to influence members and cadres of the two parties against internal fighting by informing them and teaching them the spirit of democracy and belief in co-operation, political and peaceful dialogue in solving their differences and problems“.*⁴

¹ Siehe Anhang 5.

² Vgl. „*Al-Itihad*“, 6. Januar 1996, S.5.

³ amnesty international, 1995, S.115.

⁴ (Alliance Pact), Internet- <http://www.puk.org> (06.01.2001).

Ende November 1994 wird das Abkommen von Paris in Arbil unterzeichnet und Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Regionalregierung werden im Dezember getroffen. Das Abkommen bleibt jedoch Makulatur, denn Ende Dezember bricht der „Bruderkrieg“ wieder aus.¹ Ein früherer Kollaborateur „*mustashar*“ des Herki-Stammes (’ézo Herki), der sich in Mosul aufhält – wo das Baath-Regime herrscht, erklärt seine Loyalität zunächst der KDP gegenüber und versucht dafür einen Streit über ein Grundstück bzw. ein Ackerland mit Unterstützung der KDP zu seinem Gunsten regeln zu lassen. Als die KDP dies ablehnt, wechselt er prompt die Front und schlägt sich an der Seite der PUK, weil die PUK ihm beim Erreichen seines Zieles – nämlich das umstrittene Land an sich zu reißen – hilft. Dies führt zum Ausbruch der **vierten Runde** des erneuten internen Krieges, und der Krieg breitet sich in der Schutzzone bzw. selbstverwalteten Region Kurdistans rasch aus. Zudem ruft Talabani die Kurden (am 15. Januar 1995) zum Aufbruch zum Krieg gegen die Barzanis und die KDP auf.²

Die PUK verwirklicht nun den zweiten Teil ihres Planes. Sie versucht das Einparteiensystem mit Waffengewalt durchzusetzen bzw. als vollendete Tatsache der kurdischen Bevölkerung in der Region aufzuerlegen. Als sie heimlich Verstärkungen aus Sulaimaniya und Koysinjaq nach Arbil schickt – trotz deren Versprechung, die Hauptstadt der Region Kurdistan vom internen Krieg fernzuhalten, besetzt sie das Gebäude des Parlaments und die Gebäude des Ministerrates, und sie greift alle Quartiere und Stellungen der KDP in der Hauptstadt (Arbil) auch mit schweren Waffen an und zerstört oder besetzt sie.

Merkwürdigerweise fungiert diesmal der Ministerpräsident Abdulla Rassul Ali (Kosrat) als Feldherr der PUK. Er leitet persönlich die Angriffe auch auf das Rizgari-Krankenhaus, welches unter Kontrolle der KDP steht. Dadurch führt die PUK eindeutig einen Quasi-Militärputsch gegen den Koalitionspartner (KDP) durch. Sie verpasst damit der kurdischen Regionalregierung bzw. dem zweiten Kabinett den Gnadenschuss, weil die gemeinsame Regierung gleich nach der Eroberung der Hauptstadt der Region (Arbil) praktisch aufgelöst wird. Außerdem lässt sie das Parlament durch die Besetzung wieder gelähmt werden. Und sie vertreibt und verfolgt die Anhänger und Sympathisanten der KDP in der Hauptstadt. Infolgedessen werden vor allem etwa 500 Kämpfer und Zivilisten getötet und wieder Tausende von Menschen aus ihren Städten und Häusern vertrieben. Außerdem wird die Schutzzone nach diesen Auseinandersetzungen in drei Teile zwischen der PUK, der KDP und der IMK aufgeteilt. Die PUK stürzt sich dadurch zudem in ein gefährvolles Abenteuer, nicht nur im Hinblick auf die Existenz der Schutzzone, sondern auch in Bezug auf die Zukunft des gesamten kurdischen Volkes in Irakisch-Kurdistan.

Die Führung der PUK verhält sich – besonders – durch diesen Putsch militaristisch; ihre Art und Weise des Handelns (*ihr modus operandi*) weist dies eindeutig nach. Ihre Zielsetzung ist weiterhin das Vorherrschen militärischen Denkens und die Beherrschung des zivilen Lebens in der Region Kurdistan durch militärische Aktionen.

In diesem Zusammenhang schreibt McDowall:

„In 1995 a new election was due. [...] With the KDP the favourite, there was a danger that the PUK might resist another election, or would contest an adverse outcome military, knowing that if it did not do so it faced political oblivion. Besides the speculative possibility of either one-party rule or of war and partition between the KDP and PUK constituencies, there was also the danger that the losing party might seek a rapprochement with Baghdad, since ultimately patronage systems are not confined by ethnic nationalism.

The most serious immediate external fear was that Coalition air cover would fail to protect the Kurdish People. There was the possibility that it might be withdrawn, either because the Coalition partners felt they could now escape their humanitarian responsibility or because turkey decided not to renew the lease of the Incerlik airbase.

¹ Leezenberg, 1997, S.67.

² KDP, 1995, S.39.

Although protection was humanitarian rather than political, Coalition commitment was likely to have been weakened by the internal political disorder of Kurdistan. The strongest argument in favour of retaining Allied air protection was the political embarrassment to Western leaders and to Turkey if Kurds were to flee again in large numbers to the Turkish border.”¹

Die Alliierten geben aber ihr Vorhaben, diplomatische Einrichtungen bzw. „Vertretungsbüros“ in der Region zu eröffnen, auf. Damit verliert das kurdische Volk in der selbstverwalteten Region eine außerordentliche internationale Chance auf dem Weg zur Anerkennung und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts.

Durch die Eroberung von Arbil isoliert sich die PUK auch von der Außenwelt. Der Iran ist nun ihr einziger Verbindungsweg und Handelspartner. Dies könnte als eine äußerst günstige (goldene) Gelegenheit vom Iran ausgenutzt werden, um mehr Einfluss in der Region auszuüben. Die Führung der PUK könnte damit gerechnet und die Sache mit dem iranischen Regime schon vorher abgesprochen haben, sonst wäre sie zu kurzfristig. In dieser Zeit unterhält die PUK enge Beziehungen auch zur PKK.²

Auch das irakische Regime kann diesen Konflikt zur Einmischung für eigene Ziele ausnutzen. Im Januar 1995 bietet sich das irakische Baath-Regime bzw. Saddam Hussein an, zwischen den beiden Konfliktparteien zu vermitteln!³ Auch der ehemalige kurdische Politiker und Ex-Minister Mukarram Talabani (der in Bagdad lebt), pendelt wieder zwischen Bagdad und Kurdistan, um eine bestimmte Mission im Auftrag der irakischen Regierung zu erfüllen.

Im April 1995 vermitteln die USA zwischen den beiden Konfliktparteien. Dadurch einigen sie sich auf einen zerbrechlichen Waffenstillstand, welcher nur drei Monate gehalten wird.

Als die Kampfhandlungen (*der fünften Runde des neuen Bruderkrieges*) im Juli 1995 wieder stattfinden, führt auch der Iran Vermittlungsgespräche mit den beiden Konfliktparteien – jedoch ohne Erfolg, wegen des Beharrens der PUK auf der Besetzung bzw. Kontrolle von Arbil und des Bestehens der KDP auf der Kontrolle des Grenzübergangs (Khabur-Ibrahim Khalil) und Einbehaltung der Zolleinnahmen von dort, bis zur Räumung der Hauptstadt Arbil (von der PUK).

Die amerikanische Regierung fürchtet einen verstärkten Einfluss des iranischen Regimes in der Region und drängt beide kurdischen Parteien zu Friedensverhandlungen. Am 10. und 11. Juli 1995 findet ein Treffen zwischen Vertretern der KDP und der PUK in Drogheda in der Nähe von Dublin unter der Aufsicht von amerikanischen, britischen und türkischen Vertretern statt. Wichtige Einigungen in allen strittigen Fragen werden dabei erzielt: Der Rückzug der PUK aus Arbil und die Rückgabe der Zolleinnahmen, die die KDP seit Mai 1994 einbehalten hatte, werden beschlossen. Ein genauer Zeitplan der Friedensverhandlungen sollte auf einem weiteren Treffen vereinbart werden. Die letzte Klausel des Drogheda-Abkommens verpflichtet beide Parteien explizit, „*die legitimen Sicherheitsinteressen der Türkei zu berücksichtigen*“, mit anderen Worten die Infiltration der PKK in die Türkei bzw. deren Angriffe von Irakisch-Kurdistan aus zu verhindern.

Der Iran, Syrien und die PKK sind von der Aussicht auf den Frieden alarmiert; angeblich weil der Frieden von den USA und der Türkei ausgehandelt worden ist. Tatsächlich aber missfällt die Chance einer neuerlichen Stabilisierung einer zivil regierten kurdischen Einheit in der Schutzzone selbst der Türkei – und sicher auch dem Irak. Bezüglich des Übereinkommens ist die Türkei daher ambivalent, aber indem sie der amerikanischen Initiative beitrifft, versucht sie die Geschehnisse so weit als möglich zu beeinflussen.

Die Türkei hat stets eine zwiespältige Politik gegenüber den Kurden in der Schutzzone betrieben, um sie einerseits zu schwächen und andererseits als Schutzschild für sich gegen

¹ McDowall, 1977, S.387-388.

² Leukefeld, 1996, S.125.

³ ders., 1977, S.450.

mögliche Gefahren (neue Massenflucht oder gelegentliche Angriffe der PKK von der Schutzzone aus) auszunutzen.

Auch der Westen hat sich gegenüber den Kurden in der selbstverwalteten Region Kurdistans ambivalent verhalten. Einerseits hat der Westen den Kurden in der selbstverwalteten Region Schutz und humanitäre Hilfe gewährt, andererseits hat er bewusst eine ökonomische Entwicklung der Region nicht erleichtert sowie eine politische Lösung der kurdischen Frage in Irakisch-Kurdistan vernachlässigt. Dazu schreibt Jonathan Randal:

*„Turkey, not to mention Iran and Syria as well as Iraq itself, was always fearful that the United States might be secretly encouraging a Kurdish state in Iraq. In other words, the Turks wanted it both ways: nothing smacking of a Kurdish state in Iraq, but Western, essentially American, protection from trouble at the border caused by an unpredictable Saddam Hussein. Thus, Western policy was to keep Iraqi Kurdistan on a tight economic leash, which mollified the Turks but produced massive unemployment and distress in northern Iraq, and exacerbated the tensions between Barzani and Talabani. In a moribund economy, toting a Kalashnikov became the easiest way to make a living.”*¹

Syrien und der Iran bemühten sich, dem wachsenden amerikanischen Einfluss in Irakisch-Kurdistan etwas entgegenzusetzen. Direkte Schritte gegen den Frieden – bzw. gegen die amerikanische Initiative dafür – unternahmen jedoch weder der Iran noch Syrien, sondern die kurdische PKK, die von beiden unterstützt bzw. instrumentalisiert wird.²

Am 26. August 1995 starten PKK-Guerillas von Syrien und Iran aus einen großangelegten Angriff gegen 19 Stützpunkte der KDP in der Schutzzone. Dadurch beginnt die **sechste Runde** des Bruderkrieges in der Region. Der Vorsitzende der PKK, Abdulla Öcalan, verkündet, dass die Angriffe dazu dienen, das *“Abkommen von Drogheda für wichtig zu erklären und Irakisch-Kurdistan zu befreien”*³ Die KDP schlägt den Angriff der PKK zurück und vertreibt die Angreifer aus den angegriffenen Orten. Hunderte Kämpfer der beiden Seiten verlieren ihr Leben in dieser Runde des Bruderkrieges. Dazu schreibt Michiel Leezenberg:

*“Die PKK kann jedoch nicht ernsthaft das Ziel gehabt haben, Teile des irakisch-kurdischen Territoriums zu erobern. Zudem richteten sich die Angriffe ausschließlich gegen die KDP, obwohl die PUK die Vereinbarungen von Dublin ebenfalls unterzeichnet hatte. [...] Möglicherweise wurde der Angriff auch hauptsächlich auf syrischen oder iranischen Druck hin gestartet. Wie auch immer, den syrischen und den iranischen Interessen wurde durch die PKK-Angriffe gedient, da diese zum Scheitern der zweiten Verhandlungsrunde in Irland beitrugen.”*⁴

¹ Randal, 1999, S.294- 295.

² Vgl. Leezenberg, 1997, S.72-74.

³ *“Al-HAYAT”* vom 27.08.1995, in: Leezenberg, 1997, S.74.

⁴ Leezenberg, 1997, S.74.

2.2.2. Die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Jahren 1996 – 1997 und die Rolle der Regionalmächte (Iran, Irak, Türkei und Syrien)

(Die siebente, achte, neunte und zehnte Runde des „Bruderkrieges“)

Im Juli 1996 greift das iranische Regime die Quartiere und Flüchtlingslager der (KDP-Iran) in der Schutzzone an – in dem von der PUK kontrollierten Gebiet und mit deren Duldung. Anscheinend sucht die PUK um diese Zeit neue Verbündete innerhalb und außerhalb der Region, um aus der Isolation herauszukommen. Nach einigen kleinen Einfällen marschiert eine iranische Truppe von etwa 2.000 Soldaten und Pasdaran in die Schutzzone und dringt 40 km bis Koysinjaq vor. Daraufhin versucht eine Gruppe der eingedrungenen Truppe nach der Beendigung des Angriffs über den Grenzübertritt Haji Omeran, d.h. durch das von der KDP kontrollierte Gebiet, in den Iran zurückzukehren. Die KDP will nicht in diese „Verschwörung“ verwickelt werden, deshalb gestattet sie der iranischen Truppe den Rückzug über das kontrollierte Gebiet von ihr nicht. Die Gruppe wird zunächst sogar festgenommen, aber später freigelassen und in den Iran abgeschoben. Daraufhin wird die gute Beziehung bzw. Stimmung zwischen dem Iran und der KDP getrübt. Massoud Barzani verlangt offiziell von der US-Regierung den Aggressor – entsprechend der Entscheidungen von Irland – zu nennen bzw. zu identifizieren, stattdessen hüllt sich die US-Regierung in Schweigen.¹

In dieser Zeit finden mehrere bewaffnete Zusammenstöße zwischen den kurdischen Konfliktparteien statt, jede Seite beschuldigt die andere die Kampfhandlung begonnen zu haben. Die friedliche Beilegung des Konflikts scheint auf jeden Fall kaum erreichbar zu sein. Dazu schreibt McDowall:

„A part from the growing influence of external players and the bitter rivalry between Barzani and Talabani, the other crucial factor that undermined the prospects of any durable settlement was that of neo-tribalism. Ever since 1991 both parties had built their ‘confederations’ – that circle of support beyond each party’s regular contingent of peshmergas proper – consisting of the armed retainues of chiefs and warlords [former collaborators] who offered their support to one party or another.”²

Mitte August 1996 wechselt einer dieser sogenannten „warlords“³ die Seite noch einmal; ein Kommandeur der KDP in der Gegend von Dergele (nördlich von Rawandiz), Naiz J. Dergeleyi, schlägt sich wieder an der Seite der PUK und übergibt ihr die Kontrolle der Gegend. Dies ist in der Tat der Anfang der **siebenten Runde** dieser Serie des internen Krieges⁴ bzw. einer großen und gemeinsamen (geplanten) Offensive der PUK und früheren Kollaborateuren – Aghas (Stammesführer) und „mustashars“ – mit offensichtlicher Unterstützung von iranischen Militärs und Pasdaran und ihren schweren Waffen (Raketenwerfern und Artillerie) in den Grenzgebieten von Balek, Bradost und Rawandiz – nach dem alten Spruch: *„Der Feind meines Feindes ist mein Freund“*, um die KDP – ein für allemal – zu schlagen und aus ganz Kurdistan zu vertreiben.

Jalal Talabani bezieht am Anfang dieser Runde des „Bruderkrieges“ eine merkwürdige arrogante und kurzsichtige Position. Dazu schreibt Randal:

„Talabani became insolent, and as so often in the past, too clever by half. He would not listen to outside advice. Iran had overreached most visibly. And in saying that the only way Barzani would see Erbil [Arbil] was ‘through binoculars’ from the KDP mountain resort headquarters of Salahuddin, Talabani taunted his rival once too often.”⁵

¹ Vgl. Randal, 1997, S.297.

² Zitiert nach McDowall, 1997, S.451.

³ In Gesellschaften mit zentralistischen und aristokratischen Strukturen kann es in Konfliktsituationen, nach Auffassung von Scherrer, zum Missbrauch von Macht (zu Bereicherungszwecken) und zur Herausbildung des Kriegsfürstentums (bzw. Kriegesherrn „War Lords“) kommen, Scherrer, 1997, S. 196.

⁴ Nach Auffassung von J. Randal hat Talabani mit Absicht den Jahrestag der Gründung der KDP (16. August) als Angriffsdatum ausgesucht, Randal, 1997, S.297.

⁵ Zitiert nach Randal, 1997, S.297.

Die Koordinierung mit der iranischen Regierung und den früheren kurdischen „*mustashars*“ und das Hauptziel der Offensive gehen aus mehreren Schreiben des Generalsekretärs der PUK, Jalal Talabani, an den iranischen Außenminister und an einen hochrangigen Offizier des iranischen Geheimdienstes (*Ittila'at*), Mohammad Ja'fari, sowie an zwei Führungsmitglieder der PUK (Abdulla Rassul „Kosrat“ und Jabar Farman – der Premierminister und der „Verteidigungsminister“ der früheren gemeinsamen kurdischen Regionalregierung bzw. des inzwischen aufgelösten zweiten Kabinetts) hervor.¹ Binnen weniger Tagen erobern die Angreifer fast das gesamte Gebiet von Choman und die Gegend von Bradost, auch die Stadt Diana wird von ihnen mit Artillerie beschossen.² Der gemeinsame Angriff der PUK, der früheren „*mustashars*“ und des iranischen Regimes gegen die Gebiete, die unter der Kontrolle der KDP liegen, entsetzt die Kurden überall und ruft eine tiefe Empörung bei ihnen hervor.

Das iranische Regime versucht bei dieser gemeinsamen Aktion vor allem, sich an der KDP zu rächen, weil sie bei der Verfolgung der KDP-Iran mit ihm nicht kooperiert hat. Andere wichtige Motive des Irans bei der Unterstützung der PUK in dieser Offensive sind: Das Verjagen bzw. die Vernichtung der KDP-Iran in der Region, die Dominanz in der ganzen Region (Schutzzone) und die Zurückdrängung des Einflusses der USA in der Region.³

Die KDP bemüht sich den gemeinsamen Vernichtungsplan der PUK – und des Iran – auf zwei verschiedene Wege zum Scheitern zu bringen; entweder die Verwirklichung des Plans von den Schutzmächten verhindern zu lassen oder ihm einen Gegenplan entgegenzusetzen, falls die Anstrengungen auf dem ersten Weg zu keinem Ergebnis führen würden.

Die KDP alarmiert den MCC in Zakho und die US-amerikanische Regierung und bittet sie um Eingreifen bzw. um Schutz der Zone vor dem gemeinsamen Angriff der PUK und des Iran; gleichzeitig – oder vielleicht vorher – führt sie geheime Gespräche mit der irakischen Regierung für ein eventuelles gemeinsames Vorgehen gegen die PUK in Arbil – falls die USA gegen die Haltung bzw. Absicht der PUK gegenüber ihr nichts unternehmen würden.⁴ Barzani verlangt – schon am 17. August – von den USA, die Führung der PUK sowie das iranische Regime wegen dieser „Aggression“ zu verurteilen und rasch dagegen zu handeln. Auch eine der KDP nahestehende Zeitung warnt Ende August das amerikanische „*State Department*“, den „*National Security Council*“, die CIA und „*anyone else in Washington who would listen to issue a 'clear warning' against Iranian meddling*“. Sie verlangt, dass auch die Iraker vor der Einmischung gewarnt werden.⁵

In einem Telefongespräch am 27. August warnt Massoud Barzani den amerikanischen „*Assistant Secretary of State*“ Robert H. Pelletreau offen vor allen Gefahren; er versucht ihn davon zu überzeugen, dass diese „Offensive“ keine innere Angelegenheit der Kurden, sondern eine „iranische Aggression“ sei, und ihn zum sofortigen Handeln dagegen zu überreden, und er sagt ihm ausdrücklich:

*„I cannot withstand this pressure [...]. If you do not do something I may seek help from the Iraqis.“*⁶

Die USA zeigen sich dennoch erstaunlicherweise unbekümmert, obwohl die KDP der US-Regierung die „Reaktion“ deutlich macht, und sie vor Konsequenzen dieser „Alternative“ warnt, und obwohl sich die irakische Armee um diese Zeit offen für eine militärische Aktion rund um Arbil vorbereitet und bewegt. Zudem dokumentieren die US-Kampfflugzeuge und Satelliten,

¹ Siehe, Veröffentlichte Papiere des Generalsekretärs der PUK (von der KDP nach der Beschlagnahme einiger PUK-Unterlagen während der Offensive gegen die PUK), zwei Briefe an Vilayeti und Ja'fari, das Schreiben vom 28.09.1995 an J. Farman und die Schreiben vom 11.08 und 14.8.1996 an Farman und Kosrat.

² Dabei wurden ein assyrischer Lehrer (Sargis Qero) und der christliche Priester von Diana (Benjamin) getötet.

³ Vgl. McDowall, 1997, S.452.

⁴ Nach Angaben von J. Randal haben die PUK und KDP Gespräche mit Teheran bzw. Bagdad schon im Juni 1996 geführt, Randal, 1997, S.296.

⁵ Randal, 1997, S.297.

⁶ Zitiert nach Randal, 1997, S.298.

welche die Region täglich überfliegen und beobachten, sicher die iranischen Aktivitäten und die Mobilisierung der irakischen Truppen durch gewisse Nachrichten bzw. Luftaufnahmen.¹ Die US-Regierung sieht jedoch dem allen tatenlos zu.

Nach Auffassung des Nahostexperten Bassam Tibi hat Saddam Hussein gehofft, dass ein Angriff gegen die PUK, die mit dem iranischen Regime verbündet ist, im Sinne der Amerikaner sei.²

Währenddessen bewegt die KDP ihre Truppen bzw. bewaffneten Einheiten in Richtung der Hauptstadt der Region Arbil.

Am 31. August 1996 greifen etwa 30.000 Soldaten der irakischen Armee und KDP-Einheiten mit Unterstützung von über 300 Panzern und 300 Geschützen (schwerer Artillerie) die Stadt Arbil an. Obwohl die irakischen Truppen den 36. Breitengrad überschreiten bzw. in die „no-fly zone“ eindringen, intervenieren die dort patrouillierenden Kampfflugzeuge der Alliierten dagegen nicht. Die PUK gibt nach geringem Widerstand auf, mehrere Führungsmitglieder und Funktionäre der Partei ziehen sich daraufhin mit ihren bewaffneten Einheiten nach Koysinjaq und Sulaimaniya zurück.

Über das Geschehen sind vor allen die Führung der PUK und ihre Unterstützer schockiert. Die Eroberung Arbils durch Saddams Truppen löst allerdings einen Sturm von Zorn, Entrüstung und Angst bei den Kurden innerhalb und außerhalb Kurdistans aus.

Saddam Hussein „*schlägt*“ dabei „*mehrere Spatzen mit einem Stein*“.³ Sofort werden zahlreiche oppositionelle Iraker, besonders Vertreter des INC, verhaftet und nach Kirkuk bzw. Mosul gebracht oder hingerichtet – einige von ihnen werden sogar von ihren Kollegen, welche getarnte Spitzel des Regimes unter ihnen waren, verraten und festgenommen.

Unmittelbar nach der Einnahme von Arbil greifen bewaffnete Einheiten der KDP die strategisch wichtige Kleinstadt Dégele auf der Verbindungsstraße zwischen Arbil und Koysinjaq an und erobern sie von der PUK zurück. Danach beginnt die KDP eine umfangreiche Offensive gegen die Stellungen der PUK. Die PUK-Kämpfer stehen noch unter dem Schock des Ereignisses; sie sind wohl demoralisiert und räumen die Städte und Ortschaften, die von ihnen kontrolliert werden, eine nach der anderen – meistens widerstandslos. Ihre Führer begeben sich hastig in den Iran und sie nehmen alles, was sie retten oder mitnehmen können und leicht zu tragen ist, mit - z.B. auch die Computerprogramme von Kraftwerken der Staudämme Dukan und Darbandikhan, was zum Stromausfall in den meisten Städten der Region führt.⁴ Tausende der Anhänger der PUK und deren Familien flüchten panikartig in den Iran. Die Führung der PUK geht in die Falle, welche sie eigentlich der Führung der KDP gestellt, aber zu ihrem eigenen Kollaps geführt hat.

Trotz des totalen Zusammenbruchs der PUK und trotz des militärischen Sieges über sie befindet sich die KDP in einer kritischen politischen Lage, weil sie das Baath-Regime bzw. Saddam Hussein – gegen die Allianz der PUK und des Iran – zu Hilfe gerufen hat und mit seinen Truppen die Stadt Arbil eingenommen bzw. von der PUK zurückerobert hat, damit ist auch sie ein großes Risiko, hinsichtlich der Zukunft der Schutzzone und des kurdischen Volkes in Irakisch-Kurdistan, eingegangen.

Zur Rechtfertigung dieses Vorgehens erklärt die Führung der KDP, dass sie zu diesem „unangenehmen Schritt“ bzw. dieser „momentanen Kooperation“ gezwungen sei, wegen der ausweglosen und verzweifelten Situation, welche sich die KDP – angesichts der gemeinsamen „Verschwörung“ bzw. „Vernichtungsoffensive“ der PUK und des iranischen Regimes gegen sie – befand, besonders nachdem die USA nichts dagegen unternommen haben. Und sie ist der Auffassung, man solle in einem solchen Fall – zur Selbstverteidigung oder zum Überleben – die Hilfe sogar vom Teufel annehmen; man müsste da das kleinere Übel wählen.⁵

¹ Randal, 1997, S.298.

² FOCUS, 37/1996, S.252.

³ Ein arabisches Sprichwort, ein ähnliches deutsches Sprichwort lautet: „*mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen*“.

⁴ Randal, 1997, S.308.

⁵ Vgl. McDowall, 1997, S.452.

Dieses offene Eingreifen des irakischen Regimes in den Konflikt an der Seite der KDP ist anscheinend die Reaktion und das Ergebnis des offensichtlichen Eingreifens des iranischen Regimes in den Konflikt an der Seite der PUK.¹

Über die Motive von Massoud Barzani in dieser Hinsicht schreibt Randal:

*„Massoud Barzani had never forgotten Kissinger's treachery in 1975, had never totally recovered from the humiliation of his years of enforced exile, which he blamed on the United States. And he had certainly understood the ambiguities that in 1991 had saved the Kurds. Thereafter he never stopped worrying about American constancy, despite reiterated promises from U.S. officials.“*²

Außerdem wollte Barzani bzw. die Führung der KDP weder kapitulieren und sich der „PUK-Iran-Allianz“ ergeben, noch in die Türkei oder nach Syrien flüchten bzw. wieder ins Exil gehen. Barzani selbst äußert sich in dieser Hinsicht und erklärt, er sei zu diesem Schritt gezwungen worden, weil die Vereinigten Staaten von Amerika nichts gegen die „iranische Aggression“ unternommen hätten.³

Sowohl die Aktion der PUK als auch die Reaktion der KDP darauf stoßen auf Ablehnung bzw. Unverständnis vieler Kurden und deren Freunde überall und die negative Auswirkung und Gefahr dieser Reaktion bzw. dieses Vorgehens ist in dieser Zeit – auch für die Führung der KDP – unabsehbar. Dazu sagt Hoshyar Zebari (ein Führungsmitglied der KDP):

*„Dem Saddam unsere Häse übergeben hängt davon ab, was der Westen tun wird.“*⁴

Erst nach der Eroberung der Stadt Arbil, der Vertreibung der PUK und dem Verjagen der Opposition protestieren die USA gegen den Aufmarsch der irakischen Truppen und verlangen von der Baath-Regierung ihre Truppen unverzüglich vom eroberten Gebiet zurückzuziehen. Darüber hinaus drohen sie Saddams Regime mit harten Konsequenzen. Daraufhin bombardieren die USA am 3. September mehrere militärische Ziele im Irak mit Raketen (cruise missiles). Dies bekräftigt jedenfalls die derzeitige geostrategische Bedeutung Irakisich-Kurdistan bzw. dessen Wichtigkeit für die vitalen Interessen der USA in der Region.

„Die Aktion war ein rein politisches Signal an den Irak“, meint Brent Scowcroft, Sicherheitsberater unter US-Präsident George Bush: *„Das ist eine Sache zwischen uns und Saddam. Er will testen, wie weit er gehen kann. Und wenn wir den Test verlieren, wird er noch mächtiger sein und versuchen, den Nahen Osten und die Ölversorgung zu kontrollieren.“*⁵

Clinton-Sprecher Mike McCurry drückt es deutlicher aus. Die Kurden allein wären den Preis nicht wert gewesen: *„Unsere strategischen Interessen liegen im Süden.“*⁶

Saddam Hussein sieht sich nun gezwungen, seine Truppen nach wenigen Tagen aus dem eroberten Gebiet zurückzuziehen.

Nach dem Zusammenbruch der PUK und dem Rückzug der Truppen des Baath-Regimes aus Arbil kontrolliert die KDP – alleine – etwa die gesamte Schutzzone bzw. die kurdisch selbstverwaltete Region. Der Iran hat dadurch seinen Einfluss in der Region fast verloren.

Die Führung der KDP versucht in dieser Zeit sich vor allem mit der Führung der PUK im Iran in Verbindung zu setzen. Sie lässt ein gefangenes Führungsmitglied der PUK, Fouad Massoum – den früheren Ministerpräsidenten der Region – frei und übergibt ihm ein Schreiben an die PUK – Führung für gemeinsame Gespräche über die Situation und Verhandlungen über die Problematik. Daraufhin tritt das Regionalparlament wieder zusammen; an der Parlamentssitzung nehmen 69 Parlamentarier – von allen drei Fraktionen, darunter 14 Mitglieder der PUK/TPK-Fraktion – teil. Ein neuer Ministerpräsident für die Regionalregierung wird währenddessen – aus der Fraktion der KDP – ernannt.

¹ Vgl. Ihsan, 2000, S.103.

² Zitiert nach Randal, 1997, S.298-299.

³ Ihsan, 2000, S.136.

⁴ „Al-HAYAT“ vom 10. September 1996, S.1.

⁵ Zitiert nach „FOCUS“, 37 / 1996, S.252.

⁶ Zitiert nach ebd.

Die Türkei hat zunächst gehofft, dass das Grenzgebiet wieder von der irakischen Regierung kontrolliert und das kurdische Selbstverwaltungsexperiment den Kollaps erleiden würde.¹ Dies geschieht jedoch nicht.

Die USA sind offensichtlich mit der deutlichen Abnahme des iranischen Einflusses in der Schutzzone zufrieden und sie führen nun Gespräche mit der Führung der KDP. Beide Seiten versuchen, die Schäden zu verringern und die neue Situation am besten auszunutzen. Massoud Barzani begibt sich Mitte September in die Türkei und trifft sich mit dem Stellvertreter des amerikanischen Außenministers Pelletreau zu wichtigen Gesprächen auf diesem Weg. Währenddessen erklärt der Sprecher des US-Außenministeriums, Burns, dass Barzani eine bedeutende Persönlichkeit im Nordirak sei. Er deutet an, die [Clinton–] Administration bzw. die US-Regierung könnte nun doch davon überzeugt werden, dass Irakisich-Kurdistan von einem kurdischen „Leader“ effizienter geführt werden könnte, und dies die Dinge vereinfachen würde.² Anscheinend haben die Vereinigten Staaten nichts dagegen, dass die KDP das machtpolitische Vakuum in der Region alleine – unter Bedingung der Sicherung der türkischen Grenze – ausfüllt. Zudem wird Barzani zwecks weiterer Konsultationen offiziell nach Washington eingeladen.

Der Iran ist deswegen sehr aufgeregt. Teheran schickt sofort Sonderabgesandte nach Bagdad und Ankara, um beide Regierungen vor der „Gefahr der Entwicklungen in der Schutzzone“ in Richtung einer kurdischen Selbständigkeit bzw. eines kurdischen Staates (mit Hilfe des Westens) zu warnen, und um wieder gemeinsam und aktiv dagegen zusammenzuarbeiten und nach einem abgestimmten Plan dagegen vorzugehen. Saddam Hussein bietet nun wieder an, zwischen beiden Konfliktparteien zu vermitteln und die irakische Regierung spricht nicht mehr von „iranischer Intervention oder Aggression“.³

Plötzlich gibt die amerikanische Administration ihre bisherige Einstellung in Bezug auf die Ausfüllung des Machtvakuum in der Schutzzone – vermutlich unter dem Druck der Türkei – auf. Der Besuch von Massoud Barzani nach Washington im Oktober 1996 wird dann auf Wunsch der amerikanischen Regierung eine Weile verschoben.

Währenddessen bereiten sich die flüchtenden PUK-Anhänger im Iran und im Grenzgebiet zu Iran durch eine großangelegte Hilfe des iranischen Regimes für einen Gegenangriff gegen die KDP vor. Genau in dieser Zeit, wo der Besuch von Massoud Barzani nach Washington aufgeschoben wird, beginnen die reorganisierten PUK-Kämpfer mit einer heftigen Gegenoffensive – bzw. mit der **achten Runde** des „Bruderkrieges“ – Mitte Oktober 1996 gegen die KDP – vom Iran und dem iranischen Grenzgebiet aus, gestützt durch den Iran mit Militärexperten, Waffen, Munition und Logistik. Auch Pasdaran „Revolutions-Gardisten“ in traditioneller kurdischer Tracht – nach kurdischen Augenzeugen aus Irakisich-Kurdistan – und Soldaten des oppositionellen irakisich-schiitischen Armeekorps „al-Badr“ im Iran beteiligen sich daran. Innerhalb einiger Tage erobern die PUK und ihre Verbündeten die meisten an die KDP verlorenen Städte und Ortschaften zurück, allerdings können sie die Hauptstadt der Region, Arbil, nicht einnehmen. Dazu schreibt Christian Scherrer: „*Mit Unterstützung Irans konnte Talabani das Kriegsglück wenden.*“⁴

Mit der Unterstützung und Duldung der PUK zur Rückkehr erreichen die Regionalmächte – Teilungsstaaten von Kurdistan – ihr wichtigstes Ziel: Die selbstverwaltete Region Kurdistans, deren Selbstverwaltung und deren Bevölkerung werden wieder in zwei Teile geteilt und der Einfluss dieser fremden Mächte in der Schutzzone nimmt offenkundig zu – und so können sie die kurdischen Konfliktparteien zum eigenen Vorteil weiter bzw. intensiver gegeneinander ausspielen.

¹ Vgl. McDowall, 1997, S.453.

² Vgl. Randal, 1997, S. 314.

³ Vgl. Ihsan, 2000, S. 132.

⁴ Scherrer, 1997, S.258.

Die US-Regierung wird wegen unzulänglicher Unterstützung und deren Stillhaltung während dieses internen Krieges – besonders während der letzten Runden – kritisiert. Nach Auffassung unabhängiger kurdischer Intellektueller ist auch sie für die Ereignisse und Resultate gewissermaßen verantwortlich – besonders nach dem Großangriff der PUK mit offensichtlicher Unterstützung Irans gegen die bedrängte KDP in den Gebieten von Balek und Rawandiz und während der Vorbereitungen des Baath-Regimes zum Angriff bzw. während des Angriffs auf Arbil.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Nicholas Burns, weist dies jedoch zurück und sagt:

*„If there’s any responsibility it’s with the two Kurdish groups for the outbreak of fighting, not with the United States. We gave the Kurds every opportunity for five years. We gave them political protection, we gave them economic and humanitarian assistance; we gave them a security zone in the north where they could run their own affairs in a highly autonomous way. And the Kurds failed to meet the great historic opportunity for the Kurdish people.”*¹

In diesem Zusammenhang stellen sich einige wichtige Fragen, die subtil untersucht werden müssen:

Was sind die (kurz- und langfristigen) Auswirkungen dieses Gemetzels – der „verfeindeten Brüder“ mit Hilfe deren „befreundeter Feinde“ vor den Augen „ihrer Schutzmächte“ auf das kurdische Volk in Irakisch-Kurdistan und auf seine Frage? Dafür sollte eine tiefgreifende wissenschaftliche Untersuchung angestellt werden. Dabei sollte man zwar alle Konfliktparteien – in Bezug auf Motive und Ziele – nicht in denselben Topf werfen, deren Handlungen währenddessen – besonders in Bezug auf die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen in der Region durch alle Konfliktparteien – müssen jedoch genauso kritisch und objektiv beurteilt werden.

Warum hat die mächtigste Schutzmacht der kurdischen „Schutzzone“ bzw. die US-Regierung die Regionalmächte (den Iran und den Irak) vor der Einmischung in dieser Kurden-Angelegenheit – in der Schutzzone – nicht ernsthaft gewarnt und sie nicht rechtzeitig daran gehindert, obwohl sie die Situation genau beobachtet hat und dies tun könnte?

Dazu schreibt Jonathan Randal:

*“Apparently was the Clinton administration interested in the undeniable threat to Erbil [Arbil], the Kurd’s unofficial capital in Iraq, a mere dozen miles north of the buildup [of the Iraqi army]. It reassuringly insisted it was monitoring the situation [...]. Whatever Washington’s real intentions, Middle Easterners believed that the United States government had opted for the calculated risk of doing nothing during a presidential campaign season. But from the administration’s point of view, there was little that could be done. There were simply too many players – Iran, Syria, Turkey, Turkey’s Kurdish rebels, Saddam Hussein, and the two feuding Iraqi Kurdish warlords – for Washington to control, especially on the cheap. Intervening against Saddam Hussein’s military thrust was a no-win proposition of siding with one Kurdish faction beholden to Iran against another allied with Iraq. Throughout much of the previous year, in a series meetings in Kurdistan and Ireland the administration had tried and failed to reconcile Talabani and Barzani, but their blood-stained rivalry stretched back to the 1960s, and it ignored Washington’s insistence that American support would depend on unity in the Kurdish camp. (The KDP and PUK believed, rightly or wrongly, that the United States was only lukewarm in its peacemaking efforts [...]).”*²

Die US-Regierung hat sicher dabei vor allem ihre eigenen Interessen und Ziele verfolgt, aber auch das Verlangen des NATO-Partners (der Türkei) berücksichtigt bzw. erfüllt.

Alles in allem ist das kurdische Volk nun der „Spielball“ bzw. das Opfer dieses internen Krieges

¹ Zitiert nach Randal, 1997, S.303.

² Zitiert nach Randal, 1999, S.293-294.

– einiger machtbesessener Politiker und „war lords“ – und der hinterhältigen „Auspielungspolitik“ der Regionalmächte – die Kurdistan wie eine „internationale Kolonie“¹ gemeinsam ausbeuten. Und die derzeitige taktische und halbherzige Unterstützung des Westens bzw. der USA ist nicht heilbringend.

Schließlich stellt der amerikanische Schriftsteller David McDowall fest:

*„However, it was the Iraqi Kurds themselves who were the greatest potential losers. The internecine conflict, the growing importance of Baghdad and Tehran, and the likelihood of an end to Operation Provide Comfort, all indicated that whichever party triumphed, it would be so weak and Kurdistan itself so unprotected [...]. Iraq's Kurds had good reason to feel utterly dejected and betrayed by the turn of events.“*²

Ende Oktober 1996 gelingt es dem Stellvertreter des amerikanischen Außenministers, Pelletreau, eine neue Waffenruhe – für die achte Runde des internen Krieges in der Schutzzone – in Ankara zwischen den Vertretern beider Konfliktparteien (PUK und KDP) zu arrangieren; dabei wird jedoch keine politische Einigung erzielt.

Ein Jahr später bricht der interne Krieg in Irakisch-Kurdistan wieder aus. Jalal Talabani bzw. die Führung der PUK versucht noch einmal Massoud Barzani und die KDP – mit Unterstützung des iranischen Regimes und Beteiligung einiger Stammesführer (ehemaliger *mustashars*) und der PKK – ungeachtet der Reaktion der Türkei diesbezüglich – zu schlagen.

Im Oktober 1997 tragen die oben erwähnten Gegner der KDP einen gemeinsamen Angriff auf mehreren Achsen vor.³ Damit beginnt die **neunte Runde** des Bruderkrieges. Heftige Kämpfe mit schweren Waffen toben auf einer langen Front von Salahaddin bis zur iranischen Grenze. Dabei wird unter anderem das Hauptquartier der KDP und der Sitz ihres Vorsitzenden Massoud Barzani in Salahaddin mit mehreren [iranischen] Boden-Boden-Raketen beschossen.

Als die Angreifer dann den Distrikt von Choman (an der Grenze zu Iran) einnehmen, streiten sich die Verbündeten (PUK und PKK) über die Ernennung eines Landrates (bzw. eines Leiters der Distriktverwaltung) – ihre Motive und Ziele stimmen offenbar nicht überein. Wegen der aktiven Teilnahme der PKK an der Offensive gegen die KDP greift die Türkei in den Konflikt offen – mit offensichtlicher Einwilligung der Schutzmächte – ein. Sie unterstützt dabei die Kämpfer der KDP mit Luftwaffe und schwerer Artillerie und versucht die Angelegenheit für ihre eigenen Ziele auszunutzen. Die Angreifer – besonders die Kämpfer der PUK – erlitten während dieser Runde des „Bruderkrieges“ schwere Verluste; Hunderte von Bewaffneten und viele Zivilisten kommen dabei ums Leben.⁴ Auch dieser Angriff bzw. Versuch von Talabani und der PUK zur Entmachtung Barzanis und der KDP ist gescheitert.

Durch eine erneute Vermittlung der USA wird ein neuer Waffenstillstand zwischen der KDP und der PUK vereinbart und die Demarkationslinie zwischen beiden Seiten wird von einer bestimmten Gruppe von ausländischen bzw. türkischen Militärs, der „Peace Monitory Force“ (PMF), beobachtet. Damit erhält das türkische Militär immerhin einen Stützpunkt oder ein Beobachtungsquartier im Herzen der Schutzzone; dies stellt – langfristig gesehen – eine negative Entwicklung dar, weil die Türkei alles andere als ein Freund der Kurden ist. Dadurch wird aber auch die Aufteilung der kurdisch selbstverwalteten Region in zwei Einflussgebiete bzw. „Ministaaten“ – zwischen der KDP und PUK – besiegelt: Die erste in der Hauptstadt der Region Arbil (Hewlér), wo sich auch der Sitz des Parlaments befindet, für die meisten Gebiete der Provinzen Arbil und Duhok (im Norden der Region), und die zweite in der Großstadt Sulaimaniya (Slémani) für die Provinz Sulaimaniya und drei Distrikte der Provinz Kirkuk und einen Distrikt der Provinz Arbil (im Süden der Region), beide unter demselben Namen „Die Regionalregierung Kurdistans – *The Kurdistan Regional Gouvernement (KRG)*“. Beide haben

¹ Vgl. dazu Beşikçi, 1994, S.12.

² Zitiert nach McDowall, 1997, S.453.

³ Vgl. NZZ vom 15.10.1997

⁴ Vgl. Randal, 1977, S. 321.

auch eigene Streitkräfte, Polizei, Sicherheitsdienste, Medien, externe und interne Verbündete. Die Kommunisten (KCP) und die Islamische Union Kurdistan (KIU) bleiben neutral und sind in beiden „Regierungen“ bzw. Verwaltungen je mit einem Minister vertreten.

Die Zeitungen der einer Partei sind im Gebiet der anderen nicht erhältlich, die Checkpoints sind ohne Passierscheine bzw. Parteiausweise von beiden Seiten nicht zu überwinden und die internen Zollstellen sind (zur Last der Bevölkerung) verdoppelt worden.

Insgesamt werden in diesem neuen internen Krieg (1993–1997) – schätzungsweise – etwa 4.000 Menschen (Kämpfer und Zivilisten) getötet¹ und zahlreiche bedeutende Einrichtungen und Gebäude zerstört oder in Brand gesetzt. Außerdem flüchten Tausende Anhänger beider Parteien von beiden Einflussgebieten oder sie werden aus beiden Einflussgebieten vertrieben. Dabei verlieren die politischen Parteien eindeutig an Vertrauen bei der verzweifelten Bevölkerung, und es herrscht in dieser Zeit eine fühlbare Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung in der Schutzzone.

Die USA ziehen den MCC aus der Schutzzone 1996 zurück. Überdies nimmt die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Kurden in der Schutzzone bzw. die Solidarität der Weltöffentlichkeit mit ihnen deutlich ab.

Zur amerikanischen Position in dieser Zeit schreibt Randal:

*„Washington’s conflicting regional interests nonetheless dictated that the United States maintain a minimal presence in northern Iraq, despite these recurring temptations to wash American hands of the Kurds and their problems”.*²

Die bedeutende Schutzmaßnahme, d.h. die Überwachung der Zone von alliierten Kampfflugzeugen über den türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik bleibt zwar aufrechterhalten, sie erhält aber (1996) einen neuen Namen „**Operation Northern Watch**“; Frankreich beteiligt sich jedoch nicht mehr daran.

Durch die bewaffneten Auseinandersetzungen ist auch der „Nationen- bzw. Staatsbildungsprozess“ in der Region zum Stillstand gekommen.³

Die Organe und Institutionen der beiden kurdischen „Ministaaten“ sind für sich alleine politisch, militärisch und ökonomisch schwach; auch zusammen sind sie militärisch noch nicht stark genug um einen großen militärischen Angriff des irakischen Staates mit schweren Waffen gegen die Städte abzuwehren. Zudem sind die Lokalidentitäten und Stammesloyalitäten nicht richtig fusioniert. Überdies könnte man vielen Stammesführern bzw. ehemaligen *mustashars* und ehemaligen Agenten der irakischen Geheimdienste, welche zur Zeit noch als Kommandanten oder hohe Funktionäre im Dienste beider großen Parteien stehen, in der Tat nicht vertrauen; sie würden getreu der alten Gewohnheit (Agententätigkeit) den kurdischen „Teilstaaten bzw. dem kurdischen Semistaat“ nicht nur ihre Unterstützung entziehen, sondern auch (ihnen bzw. ihm) in den Rücken fallen, wenn das Kräfteverhältnis zwischen ihnen bzw. ihm und der Zentralmacht (der irakischen Regierung) zugunsten der letzteren verschoben würde.⁴ In diesem Zusammenhang schreibt Christian Scherrer:

*„Wie sich zeigte, war die KDP/PUK-Koalition (1992-1994) unfähig, die Hinterlassenschaften Saddam Husseins durch eine eigene „Self-Reliance-Politik“ zu überwinden, obwohl die Rahmenbedingungen so günstig wie noch nie waren.“*⁵

¹ Vgl. Randal, 1997, S. 294.

² Zitiert nach Randal, 1997, S.294.

³ Wimmer, 1997, S.36.

⁴ Vgl. Wimmer, 1997, S.36-37.

⁵ Scherrer, 1997, S.254.

In dieser Zeit flüchten oder wandern Tausende von Kurden ins Ausland (nach Westeuropa) aus, weil einerseits sich die Sicherheits- und Wirtschaftslage in der Region durch den internen Krieg noch verschlechtern, und sie andererseits des „Bruderkriegs“ und der Politik im Lande überdrüssig sind.¹

Währenddessen setzt die irakische Baath-Regierung, neben den Destabilisierungshandlungen und Sabotageakten durch ihre Agenten gegen die Schutzzone bzw. kurdisch verwaltete Region, die Unterdrückung der Kurden in den Gebieten, die noch von ihr kontrolliert werden, fort.² Dazu gehört, außer den offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen, die anhaltende Arabisierung der ölreichen Gebiete Kurdistans: Kirkuk, Khanaqin und Makhmur durch die Ausweisung von Kurden, die sich nicht als Araber registrieren lassen, in die kurdisch verwaltete Region. Darüber berichtet *amnesty international* im Jahre 2001:

„Die Regierung ermutigte Araber, die in von der Regierung kontrollierten Gebieten lebten, sich in Kirkuk anzusiedeln. Das von den Vertriebenen konfiszierte Land wurde den Sicherheitskräften zugeteilt.“³

Zudem bleibt das Schicksal der während der Anfal-Kampagne Verschollenen weiter unbekannt – darüber liegen noch keine offiziellen Informationen vor; darunter müssen die Hinterbliebenen weiter leiden.

Eine historische Friedensübereinkunft

Endlich, im Jahre 1998, intensivieren die USA ihre Vermittlungsbemühungen zwischen den Konfliktparteien KDP und PUK. Barzani und Talabani werden von der US-Regierung offiziell nach Washington eingeladen. Das Treffen zwischen ihnen dort steht unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Außenministeriums. Nach zwei Tagen intensiver bilateraler Verhandlungen zwischen beiden kurdischen politischen Führern wird am 17. September eine Friedensübereinkunft zwischen ihnen getroffen und ein umfassender Friedensplan – im Beisein von US-Staatssekretär David Welch – von ihnen unterzeichnet.⁴

Die Übereinkunft ist allerdings das Ergebnis einer Serie von Gesprächen, die zwischen den beiden Kurdenführern, Außenministerin Madeleine Albright sowie der Nationalen Sicherheitsberaterin der US-Regierung, Sandy Berger, und führenden US-Beamten stattfindet.

US-Außenministerin Albright gibt die Vereinbarung im Beisein der beiden Kurdenführer der Öffentlichkeit bekannt.

In dieser Friedensübereinkunft wird – entsprechend eines Zeitplanes – vereinbart:

dass das „Höchste Koordinationskomitee“ (*The Higher Coordination Committee* – (HCC) der beiden Parteien verstärkt wird,

dass das HCC sich ernsthaft für eine vollständige Versöhnung zwischen den politischen Parteien (Konfliktparteien) – einschließlich der Normalisierung der Lage in Arbil, Sulaimaniya und Duhok – engagiert,

dass innerhalb von drei Monaten eine gemeinsame Interimsregierung gegründet wird,

dass binnen drei Monaten auch das Regionalparlament vorläufig wiederhergestellt wird,

dass bis zur Gründung der gemeinsamen regionalen Übergangsregierung Gelder aus (Zoll)Einnahmen des KDP-Gebiets für die „Ministerien des öffentlichen Dienstes“ im Gebiet der PUK wegen der Einnahmendifferenz angemessen im Umlauf sein werden, dass das HCC und das vorläufige Regionalparlament dafür verantwortlich sein werden, freie und faire Wahlen für eine

¹ Vgl. Randal, 1999, S.311-312.

² Vgl. dazu *amnesty international*, Jahresberichte der Jahre 1994 -2002.

³ *amnesty international*, Jahresbericht 2001, S.250.

⁴ Vgl. Ihsan, 2000, S.90.

neue Nationalversammlung durchführen zu lassen, und zwar innerhalb von sechs Monaten nach der Bildung des Interimparlaments, und dass sie nicht zulassen, dass die PKK den Frieden [in Irakisch-Kurdistan] unterminiert bzw. die Lage dort destabilisiert oder die türkische Grenze [von dort aus] verletzt.¹

Mit dieser Vermittlung präsentieren sich die USA erstmals nicht nur als direkte Schutzmacht der irakischen Kurden, sondern auch als ihr „Freund in Not“.

Immerhin wird die Bedeutung der geostrategischen Lage der kurdischen Schutzzone bzw. der Region Irakisch-Kurdistan sowie der Einfluss der dortigen kurdischen Führung von den USA – trotz des internen Konflikts – als wesentlicher politischer Faktor in der Region anerkannt. Damit dürften die USA nicht nur die irakische Regierung, sondern auch die Türkei, den Iran und Syrien brüskiert haben. Selbst mit dem NATO-Partner Türkei hat es offensichtlich vor dem Abkommen keine Absprachen gegeben und keine Vertreter der Türkei wurden diesmal an den Verhandlungen bzw. Gesprächen beteiligt.

Zudem warnt die US-Außenministerin Albright die Regierung in Bagdad davor, den Friedensprozess zu sabotieren. Sie erklärt, die USA seien fest gewillt, jede Bedrohung der Kurden „mit militärischen Mitteln zu beantworten“.²

Zu dieser Übereinkunft schreibt Martin Roddewig:

„Für Barzani und Talabani lag das Abkommen nahe. Die ökonomische Situation in Irakisch-Kurdistan ist seit einem Jahr stabil, die Motivation, weiter um Transitzölle und Gebietsansprüche zu kämpfen, ist gesunken. Keine der beiden Gruppen konnte sich in der Vergangenheit militärisch durchsetzen. [...] Die Macht beider Parteien würde gefestigt.“³

Wegen der unterschiedlichen Interpretation der Grundlage und einiger Artikel der Übereinkunft verzögert sich jedoch deren Durchsetzung. Die PUK beharrt indes darauf, die Wiederherstellung des vereinigten Regionalparlaments sowie der gemeinsamen regionalen Übergangsregierung müsse auf der Basis von *fifty:fifty* – wie vorher – stattfinden. Dies wird von der KDP strikt abgelehnt; für sie kommt die Rückkehr zur früheren Situation nicht mehr in Frage und sie beharrt auf der Beachtung des tatsächlichen Wahlergebnisses (vom Jahre 1992), d.h. 51:49 (KDP: PUK).⁴

Ein Jahr nach dem Abschluss der Friedensübereinkunft von Washington (im Herbst 1999) ergreift die Führung der PUK überraschend zwei merkwürdige Maßnahmen: Sie ernennt einseitig ihren Generalsekretär Jalal Talabani zum „Präsidenten der Region Kurdistan“ und gründet ein zweites „Höchstes Revisionsgericht der Region Kurdistan“ in Sulaimaniya. Sami Abdulrahman (ein hochrangiger Funktionär der KDP) betrachtet diese Maßnahmen der PUK in einer Presseerklärung Ende Mai 2000 als Hindernis für die Verwirklichung des Friedensvertrages von Washington.

Diese nicht demokratischen Entscheidungen erleichtern keineswegs die Durchsetzung der Übereinkunft von Washington und können nur den Prozess komplizieren bzw. stören.

Die Ernennung von Herrn Talabani als „Präsident der Region Kurdistan“ von der Führung der PUK entbehrt offensichtlich jeglicher rechtlicher Grundlage und ist daher nicht legitim: Erstens gibt es kein Gesetz – weder von der Kurdistan-Front noch vom Regionalparlament, welches dieses Amt bzw. diesen Titel – als Oberhaupt der kurdischen Regionalverwaltung – überhaupt einführt. Zweitens hat bei der Wahl des Führers der kurdischen Befreiungsbewegung nach dem Gesetz Nr.2 vom 22.04.1992 (von der Kurdistan-Front) keiner der vier Kandidaten die erforderliche Mehrheit erhalten bzw. die Wahl gewonnen, obwohl Massoud Barzani über 25000 Stimmen mehr als Jalal Talabani bekommen hat. Drittens haben es in dieser Zeit weder die erforderliche Stichwahl für die Wahl des „Führers der kurdischen Befreiungsbewegung“ noch

¹ Siehe dazu Anhang 6.

² Vergleiche Roddewig, 1998, in: Internet - <http://www.puk.org> (28.05.2000).

³ ebd.

⁴ Vgl. die Pressekonferenz von Sami Abdulrahman (Mitglied des Politbüros der KDP) am 22.05.2000, S.1, Internet: <http://www.kdp.pp.se>.(02.07.2000)

irgendwelche Präsidentenwahlen in der kurdisch verwalteten Region in Irakisch-Kurdistan stattgefunden.

Kurz danach erklärt Faraydoon Abdulkadir, ein Führungsmitglied der PUK, nicht diese Maßnahmen der PUK seien Hindernisse auf dem Weg der Friedensübereinkunft, sondern, dass die KDP ihren Verpflichtungen nicht nachkäme. Er beschwert sich zudem darüber, dass die KDP bis zu diesem Zeitpunkt nur noch 110 Millionen Irakischer Dinar an Zolleinnahmen des Grenzübergangs Ibrahim Khalil an die PUK geschickt hat; er meint: Die KDP habe in dieser Zeit monatlich etwa 700 Millionen ID bzw. 35 Millionen US-Dollar kassiert.¹

Im Oktober 2000 beginnt eine weitere (*die zehnte*) Runde des Bruderkrieges zwischen der PUK und der PKK in der Schutzzone. Mehr als 400 Kämpfer von beiden Seiten (die meisten von der PUK) fallen dieser neuen bewaffneten Auseinandersetzung zum Opfer.²

Offensichtlich treiben ausländische Kräfte – Feinde der Schutzzone der Kurden – von Anfang 2001 an eine islamistische Splintergruppe von der „Islamischen Bewegung in Kurdistan (IMK)“ – mit dem arabischen Namen – „Jund-“ später „*Anssar al-Islam*“ (Soldaten bzw. Anhänger des Islams)³, die sich im Gebiet von Hewraman an der Grenze zu Iran aufhält und sich der Kontrolle der großen Parteien bzw. der PUK über das Gebiet entzieht, zu mehreren Attentaten und Anschlägen in der Schutzzone zur Destabilisierung der Lage in der Region und zur Torpedierung der Realisierung der Einigkeit der Kurden und der Wiedervereinigung beider Teile der Region: Z.B. wird am 18. Februar 2001 Franso Hariri (der damalige Vorsitzende der KDP-Fraktion im Parlament und Mitglied des Zentralkomitees der Partei) von drei Terroristen dieser Gruppe auf einer Straße in Arbil ermordet, und am 2. April 2002 kann Barham Salih (Ministerpräsident der PUK-Regierung in Sulaimaniya und Mitglied des Politbüros der Partei) einem Mordanschlag dieser Gruppe knapp entkommen.⁴

Beide kurdische politische Parteien (KDP und PUK) wollen in dieser Zeit enger gegen die Gefahr dieser Gruppe bzw. ihre terroristischen Aktivitäten zusammenarbeiten. Sie bilden sogar einen gemeinsamen „Operationsausschuss“ dafür.

Die selbstverwaltete Region Kurdistans ist aber noch in zwei Teile geteilt. In jedem Teil der Region hat sich eine der beiden großen Parteien etabliert und eine extreme Parteiloyalitätsidentität herausgebildet. Im Einflussgebiet jeder Partei sind die andere Partei und ihre Frauen-, Studenten- und Jugend-Organisationen und Zeitungen bzw. Publikationen seit 1995 verboten. Es besteht zwischen den beiden Teilen keine ideologische Analogie, deshalb existiert jetzt kein übergreifendes Zugehörigkeitsgefühl in der Region – bei den Anhängern beider Parteien – mehr. Das Zusammengehörigkeitsgefühl erleidet freilich einen schweren Rückschlag, deswegen kann sich das kurdische Nationalgefühl nun in der Region nicht stabilisieren. Es gäbe offenbar keine nationale Einheit ohne eine grundsätzliche politische Eintracht bzw. ein stabiles Nationalgefühl. Und der Prozess der Staatenbildung ist durchaus von der nationalen Einheit abhängig.

In jedem Teil der Region gibt es (außer der eigenen Regierung) mehrere Verbündete bzw. loyale Gewerkschaften und Berufsverbände. Es existieren aber auch neutrale politische Parteien; einige dieser Parteien sind sogar in den „Regierungen“ in Arbil und Sulaimaniya – durch Minister und / oder hochrangige Beamten – vertreten. Die neutralen Parteien haben eigene Zeitungen und einige von ihnen auch Fernseh- und Radiostationen. Die Meinungsfreiheit reflektiert sich in hohem Maße auch in vielen Büchern und Publikationen in verschiedenen Sprachen. Die nationalen und religiösen Minderheiten genießen ihre kulturellen Rechte bzw. Glaubensfreiheit.

¹ Vgl. Erklärung von Faraydoon Abdulkadir (Mitglied des Politbüros der PUK), in: Internet - <http://www.puk.org> (28.05.2000)

² Vgl. „Al WASAT“, Nr. 454 – 9.10.2000, S.28- 29. Etwa 3000 PKK-Kämpfer kontrollieren um diese Zeit zwei kleine Gebiete in den Provinzen Sulaimaniya und Arbil an der iranischen Grenze.

³ Ihr Chef, Mulla Fatih Krékar, wird im Oktober 2002 in Holland für kurze Zeit verhaftet dann freigelassen und nach Norwegen abgeschoben, wo er politisches Asyl genießt.

⁴ „AL ZAMAN“ vom 04.04.2002.

Außerdem nehmen die Kriminalität und Menschenrechtsverletzungen mittlerweile in beiden Teilen der Region deutlich ab.

Es herrscht dennoch in beiden Teilen quasi das Einparteiensystem: Die höchsten Posten in der Zivilverwaltung und alle Posten bei der Polizei bzw. den Sicherheitskräften sind lediglich mit Mitgliedern und Anhängern einer der beiden großen Parteien (KDP oder PUK) besetzt; in den Militär- und Polizeiakademien und für bestimmte Studienplätze an den Hochschulen (Magister oder Promotion) werden nur Mitglieder oder Anhänger einer der beiden Parteien aufgenommen.¹ Auch im privaten Sektor der Wirtschaft erlangen große Funktionäre beider Verwaltungen Privilegien – durch gemeinsame Wirtschaftsaktivitäten mit bevorzugten Unternehmern bzw. Handelspartnern.

In der sozialanthropologischen Literatur gelten Stämme und Staaten als gegensätzliche und einander ausschließende Formen der politischen Organisation und Ideologie. Die eine basiert auf verwandtschaftlichen Loyalitäten, die andere auf territorialer Souveränität.

Die derzeitigen politischen Verhältnisse in der selbstverwalteten Region in Irakisch-Kurdistan lassen sich jedoch, nach Ansicht von Andreas Wimmer, weder dem einen noch dem anderen Typus politischer Organisationen zuordnen. Aber wenn man die politischen Grundstrukturen tribaler Gesellschaften skizziert – meint er – und dabei insbesondere auf die Beziehung zwischen Stämmen und Staaten im Nahen und Mittleren Osten eingeht, zeigt es sich, dass auch in der Vergangenheit Stämme und Staaten in einem komplexen Bezugssystem standen.²

Zudem ist der Stamm, nach Auffassung von Ernest Gellner, nicht nur eine Antithese zum Staat, sondern „sowohl seine Alternative als auch sein Abbild, sowohl die Schranke für den Staat als auch der Keim zu einem neuen Staat“.³

Beim Erfolg staatlicher Integrationspolitik gelten verwandtschaftlich definierte Einheiten nicht mehr als politische Loyalitätsverbände und moralische Gesellschaften, sondern Nationen.⁴ Die Herausbildung eines derartigen übergreifenden Zugehörigkeitsgefühls wird durch eine ideologische Analogie erleichtert, denn die Nation als imaginierte politische Gemeinschaft beinhaltet eine gemeinsame Abstammung und die Vorstellung eines gemeinsamen historischen Schicksals. Sie lässt sich deswegen an das verwandtschaftlich formulierte Konzept der Stammeseinheit gewissermaßen anschließen. Tribale und nationalistische Formen der Identitätsbildung sind schließlich eng miteinander verwandt. Es handelt sich bei beiden um Phänomene, die Georg Elwert „*Wir-Gruppen-Prozesse*“ nennt.⁵

Seit der Unterzeichnung der Friedensübereinkunft von Washington im September 1998 sind jedenfalls Ruhe und Ordnung in beiden Teilen der Region weitgehend zurückgekehrt. Die Lage in der Region bleibt aber bis Herbst 2002 weiterhin angespannt. Währenddessen herrscht in der Tat ein „*Modus vivendi*“-Zustand in der Region.

Schließlich erklärt Massoud Barzani in einem Fernsehinterview mit dem arabischen Fernsehsender (Al JAZEERA) am 19. Februar 2002, dass das einzige ungelöste Hindernis zur Durchsetzung der Übereinkunft von Washington die unterschiedliche Interpretation in Bezug auf das erste Zusammentreffen des wiedervereinigten Parlaments ist. Dieses Problem wird dann durch eine neue Vereinbarung zwischen beiden Parteien am 8. September 2002 in Salahaddin gelöst.

Bis Oktober 2002 wird zwar der Frieden zwischen den beiden großen Parteien bewahrt und mehrere wichtige Schritte auf dem Weg der Versöhnung und zur Normalisierung der Beziehungen bzw. der Lage in der Region getan, wie z.B. Austausch von Kriegsgefangenen und Freilassung von politischen Gefangenen, Rückführung von Vertriebenen des internen Krieges

¹ Dieser Zustand wird durch Interviews mit einigen Politikern und zahlreichen Bürgern im Sommer 2001 in der Schutzzone beleuchtet.

² Wimmer, 1997, S.12 - 13, vgl. auch Kohl, 1993, S.57.

³ Gellner, 1992, S.93, zitiert nach Wimmer, 1997, S.38.

⁴ Vgl. dazu Wimmer, 1996, S.173 – 178.

⁵ Vgl. Wimmer, 1997, S.23 und Elwert, 1989, S.29-37.

nach Arbil und Sulaimaniya, die Vereinbarung über die freie Bewegung der Bürger in beiden Teilen und freie Verbreitung von Druckerzeugnissen;¹ die wichtigsten Punkte der „*Übereinkunft von Washington*“ bezüglich der Wiedervereinigung der Region und des Regionalparlaments und der Bildung einer neuen vereinten Regionalregierung werden aber noch nicht durchgesetzt. Jede Partei beschuldigt die andere, sich der Durchsetzung bestimmter Vereinbarungen zu entziehen.

¹ amnesty international, Jahresbericht 2001, S.251.